

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904

226 (19.6.1904) Badischer Landtag. 103. öffentliche Sitzung der Zweiten
Kammer

Karlsruher Zeitung.

№ 226.

Sonntag, 19. Juni

1904.

Badischer Landtag.

103. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Freitag, den 17. Juni 1904.

Präsident Dr. Gönner eröffnet die Sitzung kurz nach 1/10 Uhr.

Sekretär Duffner verliest den neuen Einlauf:

Bitte des ehemaligen Baukontrolleurs im Bezirke Borberg, Architekten A. Kersch in Königshofen um Rechtsschutz.

Geht an die Petitionskommission.

Das Haus tritt sodann in die Tagesordnung ein:

Fortsetzung der Beratung: a) des noch unerledigten Teiles des Berichts der Budgetkommission über Titel X des Budgets des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1904 und 1905, nämlich Abteilung II Buchstabe J, Volksschulen, Ordentlicher Etat §§ 56 bis 67 — Drucksache Nr. 13c II, Seite 39 bis 42 — und die einschlägige Petition der Gemeinde Paimar (Seite 40 ff des Kommissionsberichts); b) des Berichts der Schulkommission über die Anträge der Abgg. Dr. Wildens und Genossen und Dr. Heimburgar und Genossen, die Hebung des Volksschulwesens betreffend (Drucksachen Nr. 32 und 32a) und die einschlägige Petition des Vorstandes des badischen Lehrervereins und des Vorstandes des Vereins badischer Lehrerinnen, — Drucksache Nr. 32b — sowie des mündlichen Berichts der gleichen Kommission über den Antrag der Abgg. Frähauf und Genossen, die Gehaltsverhältnisse der Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen an Volksschulen betreffend (Drucksache Nr. 32c).

Präsident Dr. Gönner teilt mit daß ein neuer Antrag eingekommen ist:

Hohe Zweite Kammer wolle beschließen:

Die Kommissionsanträge wie folgt abzuändern:

1. Unter I Ziffer 1 erhalten die Absätze a und b sowie der Schlusssatz folgende Fassung:
 - a. an den Volksschulen so viele Lehrer anzustellen sind, daß auf einen dauernd nicht mehr als 60 Schulkinder kommen,
 - b. die Höchstzahl der einem Lehrer ausnahmsweise auf unbestimmte Zeit zu überlassenden Schüler auf 90 festgesetzt wird, und zwar unter Uebernahme der Mehrkosten auf den Staat.

2. In I Ziffer 2 die Worte „ganz oder teilweise“ hinter Mehraufwendungen zu streichen.

3. Absatz II folgende Fassung zu geben:

Die Großh. Regierung zu ersuchen, sofort den Bau eines weiteren Seminars in Angriff zu nehmen und die Mittel eventuell im Wege des Administrativkredits flüssig zu machen; jedenfalls aber in das nächste Staatsbudget ausreichende Mittel für Erbauung neuer Lehrerbildungsanstalten einzustellen.

Sichhorn. Lehmann. Säckind. Horst.

Abg. Dr. Goldschmit: Bei Beginn der Schuldebatte hatte ich die Absicht, über einzelne Punkte, die in der Debatte zur Sprache gekommen sind, ausführlich mich zu äußern. In Anbetracht der Verhältnisse glaube ich, daß Sie nicht ungehalten sein werden, wenn ich nur das kurz herausgreife, was mir als das Wichtigste erscheint. Man hat die Frage gestreift, wer ein Freund der Volksschule sei. Man könnte sofort die Gegenfrage stellen; wer ist kein Freund der Volksschule? Es müßte nicht bloß ein ganz eigentümlicher Abgeordneter, sondern auch ein Kind der modernen Zeit von besonderer Anlage sein, der nicht den Aufgaben der Volksschule seine besondere Aufmerksamkeit schenkt. Daß man über die Mittel und Wege verschiedener Meinung sein kann, ist selbstverständlich und schadet auch nichts, da nur im Kampf der Meinungen die Sache gefördert wird. Ich meine, es sollte wenigstens draußen die Phrase vom Freund und Feind der Volksschule ausscheiden. Ich kann mir freilich keine großen Hoffnungen machen, daß dies geschehen wird, denn es hat überhaupt im öffentlichen Leben die gedankenlose Phrasenhaftigkeit oder die phrasenhafte Gedankenlosigkeit eine große Herrschaft erlangt (Zustimmung), und während wir früher mit einer gewissen Berechtigung auf unsere Nachbar-Nation, wo ja die Phrase so großen Einfluß hat, herabschauen konnten, haben wir in dieser Beziehung jetzt von Frankreich wunderbar viel gelernt.

Es ist begreiflich, daß die Frage der Simultanschule wieder zur Sprache gekommen ist. Vielleicht entfinnen sich die Herren, daß ich vor 2 Jahren bei der Schuldebatte erklärte, daß wir auf dieser Seite des Hauses unbedingt an der konfessionell-gemischten Schule festhalten. Zu meiner Ueberraschung hat damals meine gelegentliche Bemerkung größere Erregung hervorgerufen. Unser Stellung ist auch diesmal vom Abg. Wildens dargelegt.

worden. Ich brauche darauf nicht zurückzukommen, es ist dies um so erfreulicher, daß auch die früheren Gegner der Simultanschule sich jetzt mit den Tatsachen abgefunden haben, wie aus der früheren Rede des Abg. Zehner und der neuerlichen des Abg. Fehrenbach hervorging. Ueber den preussischen Schulstreik darf ich hier nicht reden und will ich nicht reden, nur zwei kurze Bemerkungen will ich daran knüpfen. Der große Lärm, der sich an die Stellung der nationalliberalen Partei geknüpft hat, ist fast unbegreiflich, wenn man nicht wüßte, daß die Stärke des Lärmes wie bei vielen Fragen so auch hier in umgekehrtem Verhältnis zur Sachkenntnis steht. Es hat sich herausgestellt, daß da sehr wenig Kenntnis der gesetzlichen Voraussetzungen, sehr geringe Beurteilung der politischen Lage vorhanden war. Ein zweites will ich hinzufügen, daß der Antrag teilweise auf dem Parteitag eine Begründung bekommen hat, die ich nicht billige. Denn wenn das richtig wäre, was dort vorgetragen worden ist, dann müßten wir nicht bloß unsere Volksschulen, sondern auch unsere Mittel- und Hochschulen konfessionell scheiden (Zustimmung). Es sind aber auch die linksstehenden Parteien nicht immer in dieser Beziehung vollständig ohne Tadel gewesen. (Widerspruch des Abgeordneten Dr. Heimburger.) Doch, es ist nicht bloß der Abg. Schmidt-Maulbronn, dessen Eintreten für die Konfessionsschule jetzt hier als Ironie hingestellt wird, sondern noch zwei andere Demokraten aus Württemberg, die sich unter gewisser Voraussetzung für die Konfessionsschule aussprachen. Vor zwei Jahren ist auch angeregt worden, die Zahl der dem einzelnen Lehrer überlassenen Kinder zu vermindern, und es ist auf Württemberg hingewiesen worden, und von mir speziell die Zahl 80 als Norm aufgestellt worden. Ich bin um so erfreuter, daß jetzt auf die Zahl 70 gegriffen werden soll, weiter kann man zunächst nicht gehen. Wir müssen auch auf diesem Gebiet uns mit dem Erreichbaren begnügen. Wenn der Abg. Fröhlich gestern gemeint hat, es ließe sich nicht durchführen, so ist mir das nicht begreiflich, denn es steht nicht nur im Bericht, sondern ist dem Abg. Fröhlich in der Kommission von dem sachverständigsten Mitglied ausdrücklich gesagt worden, daß sich mit dieser Zahl ein bedeutender Fortschritt erreichen lasse.

Was den Seminarlehrplan anbelangt, so ist mir aufgefallen, daß die Zahl der deutschen Stunden von 31 auf 28 herabgesetzt worden ist. Man muß allerdings dabei beachten, daß der fünfjährige Kurs auf 6 Jahre heraufgesetzt wurde. Dagegen hat die Zahl der französischen Stunden eine ganz erhebliche Vermehrung erlangt. Man könnte die Frage aufwerfen, ob nicht an Stelle des Französischen das Englische zu lehren sei, nicht deswegen, wie der Abg. Vorderer gemeint hat, weil da, wo noch etwas zu holen ist, Englisch gesprochen wird. Ich will die Frage gar nicht erörtern, ob die Engländer so viel übrig lassen, daß noch etwas zu holen ist, wir wollen aber unsere Lehrer im Lande selbst behalten. Man könnte deshalb die Frage aufwerfen, weil das Englische im Sprachbau dem Deutschen näher steht. Ich gebe aber gerne zu, daß aus praktischen Gründen für uns das Französische als die wichtigere Verkehrssprache vorzuziehen ist, auch deshalb, weil die grammatische Schulung besser an der französischen als an der englischen Sprache zu erzielen ist. Aufgefallen ist mir, daß die Zahl der Geographiestunden von neun auf sieben herabgesetzt wurde. Ich habe ebenfalls vor zwei Jahren darauf hingewiesen, daß auch in der Volksschule wenigstens in bescheidener Weise auf die Hygiene aufmerksam gemacht werde. Dafür ist aber Voraussetzung, daß der Lehrer selbst etwas davon versteht, und ich kann mich freuen, daß eine Stunde Gesundheitspflege eingefügt worden ist.

Es ist die Frage vielfach erörtert worden, ob die richtige Vorbildung in einem sechsklassigen Seminar oder in einer Mittelschule zu erzielen sei. Auf die prinzipielle Frage will ich nicht eingehen, obwohl von mancher Seite prinzipielle Bedenken geltend gemacht worden sind gegen die ausschließliche Vorbildung auf den Mittelschulen. Für mich ist entscheidend dabei, daß wir den Lehrermangel erheblich steigern würden, wenn wir die Seminare jetzt plötzlich oder demnächst aufheben und nur die Vorbildung auf den Realmittelschulen verlangen würden. Es ist ja möglich, daß schließlich diese Art der Vorbildung erreicht werden wird, und es ist auch jetzt schon die Möglichkeit eröffnet, daß von der Mittelschule aus in die drei obersten Klassen der Seminare Lehrerkandidaten eintreten können. Wenn der Abg. Fröhlich gemeint hat, es solle der Rückgang vom Seminar auf die Mittelschulen erleichtert werden, so muß ich sagen, daß dies unmöglich ist, da die Mittelschulen einen ganz anderen Lehrplan haben. Wenn doch von Lehrermangel gesprochen worden ist, darf ich darauf hinweisen, daß, wenn sich auch hier und da ein Mangel zeigt, man doch nicht von einem dauernden Mangel sprechen kann. Ich darf darauf hinweisen, daß wir in Baden drei Vorbildungsanstalten für Lehrerinnen haben. Diese genießen erhebliche Staatszuschüsse, und da ist eine darunter, von der fast keine einzige Kandidatin in den Dienst des Staates tritt. Es waren einzelne dabei, die seit Jahren sehr bedeutende Stipendien bezogen haben und doch lieber ins Ausland gehen und Gouvernanten werden. Wird das der Fall sein, daß die vielen badischen Lehrerinnen im Staatsdienst bleiben, so wäre dem von mancher Seite beklagten Lehrermangel vollständig abgeholfen. Eins muß ich noch hinzufügen zur Erörterung der Frage, ob Seminar oder Realmittelschule, selbst wenn man mich für einen Reaktionsär hinstellt. Fehrenbach darf das nicht allein für sich und seine Partei in Anspruch nehmen. (Abg. Fehrenbach: Ich freue mich der Kameradschaft!) Wenn hinter der Forderung der Realmittelschule etwa die neunklassige Realschule und dahinter die Vorbildung auf der Universität lauern sollte, dann würde ich nicht sagen. (Beifall im Zentrum. Abg. Jhrig: Das geschieht Ihnen recht! Große Heiterkeit.) Ich schäme mich dieses Beifalles nicht; übrigens ist von der demokratischen Partei früher der Beifall von jener Seite nicht verschmäht worden (große Heiterkeit). Ueber die Weiterbildung einzelner Befähigter herrscht keine Meinungsverschiedenheit, aber die allgemeine Vorbildung auf die Universität zu verlegen, dafür bin ich nicht zu haben. Dagegen spricht nicht bloß die historische Entwicklung, dagegen sprechen auch nicht allein finanzielle Bedenken. Die Vorbildung aller Beamten ist doch nicht Selbstzweck, sondern soll sich nach dem richten, was sie künftig zu leisten haben. Was hat denn die große Zahl von Elementarschülern für ein Bedürfnis. Es ist dies, in den Elementarkenntnissen gründlich unterrichtet zu werden. Ein sehr viel weitergehendes Bedürfnis dürfte im Volk nicht vorhanden sein. Dafür aber braucht man keine Universitätsbildung. Es ist ja richtig, wenn Fröhlich gesagt hat, daß im Bürgerausschuß in Karlsruhe auf die bessere Vorbildung der Werkmeister hingewiesen wurde. Soweit ich mich erinnere, ist aber nur von Einem gesprochen worden. Gestern wurde vom Regierungsrat gesagt, unsere Lehrer müßten sich bedanken, wenn man sagt, sie hätten mindere Leistungen als die anderer Länder. Was auf so eine einzelne Äußerung zu geben ist, brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen. Vor Beginn des Landtags waren einige Leute bei mir, die nicht Staatsbeamte waren, in ganz einfachen Diensten standen. Einer von ihnen hat in mehr als einstündiger Rede sachgemäß und eindringlich ihre Wünsche vorgetragen, sodaß wir meinten, da ist jetzt

ein tüchtiger Mann aus dem Volk, man sieht doch, daß unsere Volksschule auch etwas leisten kann. Wenn man so verallgemeinern wollte, müßte man sagen, die Leistungen unserer Volksschulen sind außerordentlich. Man hat darauf hingewiesen, daß auf dem einfachsten Dorf ein akademisch gebildeter Mann sei, nämlich der Geistliche. Der hat es aber mit Erwachsenen zu tun, der Lehrer mit Kindern. Auch die Nachteile der Internate sind viel übertrieben worden. Es scheinen mir praktische Einrichtungen zu sein. Ich glaube nicht, daß es wahr ist, daß die jungen Leute, die aus den Internaten kommen, sich in der Öffentlichkeit gar nicht mehr zu bewegen wüßten. Die Herren haben sich da auch vielfach widersprochen. Es findet ja kein Zwang statt, noch weniger als früher. Wenn der Staat wirklich dazu überginge, die Internate aufzugeben, so würden wir private Internate haben, und die wollen wir nicht. Dann ist vielfach die Frage erörtert worden, ob Gemeinde- oder Staatschulen. Gewiß hat der Staat ein großes Interesse an der Volksschule, aber wir wollen trotzdem an dem Zusammenhang der Schule mit der Gemeinde festhalten. Ich habe schon bei der Mittelschuldebatte gesagt, daß ich die Verstaatlichung aller Schulen nicht für wünschenswert halte. Viele segensreiche Fortschritte für das pädagogische Leben sind nur dadurch gewonnen worden, daß die Gemeinden von sich aus etwas für die Schule tun konnten. Ich begreife nicht, wie ein Vertreter von Karlsruhe wie Fröhlich sagen kann, daß die Städte einig wären in dem Wunsche nach Verstaatlichung der Volksschule, gerade das Gegenteil ist der Fall. Fröhlich ist Stadtverordneter, er soll versuchen, im Bürgerausschuß einen solchen Antrag zu stellen. Ich bin über die Antwort nicht zweifelhaft. Auch über die Frage der Einheitschule hat man sich mit einer Bestimmtheit geäußert, bei der ich doch etwas zweifelhaft bin. Eichhorn hat es sich mit seinen Zitate leicht gemacht und hat sich durch einen Zwischenruf nicht beirren lassen und gesagt, man könne doch nicht annehmen, daß die Mannheimer Lehrer Minderes leisten als die Karlsruher. Das hat niemand behauptet. Stadtschulrat Sickingen sagte in der vorhin erwähnten, mir ebenfalls vorliegenden Schrift: In Mannheim erreichten 1892 bis 1897 von Knaben 31 Proz., von Mädchen 19 Proz. die oberste Klasse, in Karlsruhe dagegen 65 Proz. Knaben und 40 Proz. Mädchen. Es ist also bestätigt, daß es ein Mißgriff war, und Sickingen sich alle Mühe gibt, aus diesem Mißgriff wieder herauszukommen, daß man ohne Rücksicht auf die bestehenden Verschiedenheiten gleiche Volksschulen dekretiert und dabei den Lehrplan mit Rücksicht auf die Allerfähigsten gestaltet hat, während Dr. Sickingen sagt, daß das Karlsruher Schülermaterial nach Leistungsfähigkeit einheitlicher, mehr ausgeglichener als das der Mannheimer Volksschule. Darum kommt auch Sickingen, der doch ein sehr erfahrener Pädagoge ist, zu dem Ergebnis, daß er die Bürgerschule bestehen lassen will. Wenn sodann der Abg. Fröhlich auf Zürich und die dortige Einheitschule hinwies, so liegt mir auch in dieser Hinsicht eine Schrift von Sickingen vor, worin er zwar mit Anerkennung sich über die dortigen Einheitschüler ausspricht, aber doch anfügt, daß dort im ganzen 1259 Schüler Privatanstalten besuchen. Die Begeisterung für die Einheitschule muß also auch in Zürich wohl nicht so allgemein sein.

Wenn sodann der Abg. Fröhlich weiter der Meinung war, diese Einheitschule sei wohl der hervorragendste Grund für die Anziehungskraft von Zürich, so möchte ich ihm doch diesen Gedanken nochmals zur Erwägung anheim geben. Er wird dann vielleicht zur Erkenntnis kommen, daß auch der Züricher-See und überhaupt die wunderbare Naturschönheit dort ihre Anziehungskraft haben. (Heiterkeit). Gerade von den Lehrern und

namentlich dem Abg. Fröhlich sind dem gegenwärtigen Leiter des Unterrichtswesens schwere Vorwürfe gemacht worden. Es ist nicht meine Aufgabe, den Herrn Minister zu verteidigen. Aber aus Gerechtigkeitsgefühl muß ich doch sagen, daß der gegenwärtige Herr Unterrichtsminister nicht Angriffe, sondern Anerkennung verdient. (Zustimmung). Rufen wir uns doch die Gestaltung des Budgets vor 2 Jahren und heute ins Gedächtnis zurück, wo jetzt Mittel für das Freiburger Seminar eingestellt sind, wo die Räumlichkeiten der beiden Seminarien in Karlsruhe erweitert werden sollen, daß der soviel angegriffene Organistenparagraph aufgehoben ist, daß für Heidelberg und Freiburg Vorseminare eingerichtet worden, in den beiden Karlsruher Seminarien Doppelturse vorgesehen sind. Endlich ist, was die Bezahlung der Lehrer angeht, nicht unter ihm auf dem vorigen Landtag die doch auch immerhin ins Gewicht fallende Novelle geschaffen worden? Das bringt mich auf die Bezahlung der Lehrer. Ich spreche es ausdrücklich aus, daß auch ich es begrüßt hätte, wenn es zu erreichen gewesen wäre, den Lehrern bereits auf diesem Landtag eine weitere Aufbesserung ihrer Bezüge zu bringen, und ich kann nur bedauern, daß das nicht geschehen ist. Aber ich fühle mich doch verpflichtet, selbst auf die Gefahr, hier im Hause und draußen starken Angriffen zu begegnen, auf etwas aufmerksam zu machen, was nicht populär ist, was ich aber tun muß als Abgeordneter und Staatsbeamter: Ich möchte doch auch auf die Rehrseite, auf die Steuerzahler hinweisen. (Zuruf: Sehr richtig). Kein Stand hat das Recht, einseitig auf seine Bedürfnisse zu sehen, er muß, wenn er gerecht sein will, die allgemeine Lage in Betracht ziehen. Tut er das nicht, so schädigt er sich am meisten. Die Aufgaben des Staates sind so vielseitig, daß man nicht sagen kann. Das ist das Wichtigste, alles andere muß zurücktreten. Ich erkenne nun vollständig an, daß der Abg. Jhrig im wohlthuenden Unterschied von dem Ton, der oft draußen herrscht, maßvoll seine Sache vertreten hat, bis auf einen Punkt, wo er sich in eine meines Erachtens nicht angebrachte Erregung hineingeredet hat. Es war nicht richtig von ihm, wenn er darauf hinwies, daß der Staat doch für Schlösser Geld habe, für die Lehrer aber nicht. (Zuruf: Aber wahr ist es!) Ob es wahr ist oder nicht, kommt hier nicht in Betracht. (Heiterkeit). (Zuruf des Abg. Süßkind: Ueber Sie gehen wir zur Tagesordnung über). Ich kann das ertragen. (Heiterkeit). Derartiges mag vielleicht draußen in einer Volksversammlung Eindruck machen, hier nicht. Noch weniger fand ich es angebracht, daß Jhrig um einen guten Teil sich um den Eindruck gebracht hat, daß er ganz im Ton der privilegierten Deh- und Revolverpresse hingewiesen hat auf den Chinafeldzug und auf Südafrika. Gerade die Herren auf der linken Seite berufen sich doch sonst so gern auf ihre politischen Vorfahren. Glauben Sie da, daß sie um unsere Einheit gekämpft haben, um jetzt Stubenhockerpolitik zu treiben? (Unruhe. Zuruf des Abg. Dr. Heimbürger: Auch nicht, daß wir die Lehrer hungern lassen! (Stimme des Präsidenten; Präsident Dr. Gönner bittet, die fortwährenden Unterbrechungen zu unterlassen.) Wenn ich denke, daß es ein Lehrer ist, der der Jugend das Verständnis für nationale Macht und Größe beibringen soll, der auch in der Volksschule wenigstens eine Ahnung in das kindliche Gemüt kommen lassen soll, daß es eine Erbärmlichkeit wäre, ohne jede Sühne unseren Gesandten hinschlachten zu lassen, wenn ich denke endlich, daß es der Lehrer einer Handelsstadt wie Mannheim ist, der den Kindern Verständnis dafür beibringen soll, daß wir uns Raum schaffen müssen in der weiten Welt, der die Vaterlandsliebe in dem heranwachsenden Geschlecht zu wecken und

zu stärken hat, so komme ich allerdings zu der Meinung, daß nach einer gewissen Seite hin die Vorbildung der Lehrer noch recht mangelhaft ist (Zuruf des Abg. Heimbürger: und die Charakterbildung der Mittelschullehrer!) Man hat gesagt, es sei bis jetzt nichts für die Volksschullehrer geschehen. Jetzt berufe man sich auf die schlechte Finanzlage. Man sprach von dem Tariffoll. Hier haben aber die Lehrer sogar einen Vorzug gehabt. Es ist niemand von den anderen Beamten in das Tariffoll eingerückt worden. Wären die Lehrer im Jahre 1890 in den Gehaltstarif eingerückt, so hätten sie das Geschick der übrigen Beamten geteilt. Der Abg. Fröhlich hat gestern gesagt, sie müßten ja verrückt sein, wenn sie unter solchen Umständen die Steuererhöhung bewilligten. Zuerst solle man sagen, was man ausgeben wolle, und dann erst für die Einnahmen sorgen. Ich war bisher der Meinung, daß man im privaten wie im öffentlichen Leben zuerst für die Einnahmen und dann erst für die Ausgaben sorgen müßte. (Heiterkeit. Zurufe: Sehr richtig!) Man hat auch auf Hesse hingewiesen. So weit ich unterrichtet bin, hat auch Hesse über zwei Millionen Zuschüsse zu der Eisenbahn für allgemeine Staatszwecke, wir haben zwei Millionen für Eisenbahnen aus allgemeinen Mitteln zuzuschießen. Man sagt auch, es sei nichts geschehen, wo die Finanzlage gut gewesen sei; jetzt geschehe erst recht nichts, nachdem die Finanzlage schlecht sei. Man spricht hier und draußen vom Hungertuch, an dem die Lehrer nagten. Ich gebe zu, ein wirklicher Notstand ging aus der Mitteilung des Abgeordneten Jhrig über die Lehrerwitwen hervor. Hier müßte wirklich Abhilfe geschaffen werden. Aber eines muß ich doch sagen: die ungenügende Versorgung teilen die Lehrerwitwen doch mit vielen Witwen auch anderer Beamten, jetzt und namentlich der früheren Zeit. (Zurufe: Sehr richtig!) Ich erinnere Sie an die Regierungsvorlage vor 2 Jahren und den Bericht des Abg. Weggoldt. Da finden Sie etwas andere Zahlen, die kaum die Beweiskraft haben, daß noch gar nichts geschehen ist, und die keine so allgemeinen Wendungen rechtfertigen. Einige Zahlen will ich vorführen, die zeigen, was doch geschehen ist. Im Jahre 1892 erfolgte eine Aufbesserung, die rund 1 Mill. 217 000 Mark erfordert, 1894 420 000 Mark, 1898 377 350 Mark, 1900 150 000 Mark und 1902 690 150, zusammen 2 476 000 M. jährlich. Dabei sind nicht in Betracht gezogen die Städte der Städteordnung und ebenso die Städte, die wegen nicht vorhandener Dienstwohnungen Mietsentschädigung zahlen. In Karlsruhe, dessen Verhältnisse mir genauer bekannt sind, ist die Zahl der Lehrer von 1898—1904 um 29,4 Proz. gestiegen, die persönlichen Aufwendungen aber um 51,3 Proz., die Zuschüsse zu den Pensionen nicht gerechnet. Das glaube ich, mitteilen zu sollen, und da muß ich noch einmal daran anknüpfen, daß man doch bei derartigen Maßnahmen Rücksicht nehmen muß auf die, welche die Mittel dafür aufzubringen haben, die Steuerzahler. Das Geld liegt eben für den Staat nicht auf der Straße, und was er zahlt, muß er auch den Steuerzahlern wieder abnehmen. Ich muß sagen, daß ich nicht bloß diese Art für beklagenswert halte, sondern noch in viel höherem Maße, wie diese Forderungen draußen in Wort und Schrift vertreten werden, nicht nur von den Betroffenen selbst, denn das könnte man bis zu einem gewissen Grade verstehen und entschuldigen, sondern von einzelnen, denen die Gunst einzelner Volksteile höher steht als das Wohl des Ganzen, und die ohne jede Sachverständnis und ohne Kenntnis der Schwierigkeiten, die die Durchführung solch schwieriger Reformen bietet, maßlose Forderungen stellen. Ich stehe zum Schluß nicht an, die Art, wie die Sache

draußen im Lande vertreten worden ist, als eine gewissenlose Demagogie zu bezeichnen.

Präsident Dr. Günner teilt mit, daß ein Antrag der Abgg. Fehrenbach und Gießler eingekommen ist, welcher lautet:

Wir beantragen die Position § 61 (zu Gnabengaben an Hinterbliebene von Hauptlehrer 45 000 M.) für überschreitbar zu erklären.

Es ist ferner ein Antrag auf Schluß der Debatte eingekommen, unterzeichnet von den Abgg. Gießler, Fehrenbach, Wittum und Neuhaus.

Derselbe wird zunächst begründet von dem Abg. Gießler: Eine der wichtigsten Fragen auf diesem Landtag ist die Schulfrage und Aufbesserung der Lehrer. Sie hat in der Schulkommission eingehende und gründliche Erörterung gefunden, sie ist auch in der Budgetkommission ausführlich behandelt worden. Es hat der Abg. Obfischer einen gründlichen Bericht für letztere gefertigt, und es hat der Abg. Rohrhurst in seinem Bericht in ausgezeichneter Weise die Verhältnisse und den Standpunkt der Parteien dargelegt. Nun haben wir heute die 4. Sitzung, und die Generaldebatte, in welcher alle Parteien zu Wort gekommen sind, ist noch nicht zu Ende. Ich glaube, daß die Hauptideen dargelegt sind, und die Wünsche, die noch vorhanden sind, in der Spezialdebatte vorgetragen werden können. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß noch 5 Redner zum Wort kommen müssen, nämlich die Antragsteller Jhrig, Fröhlich, Lehmann und die beiden Berichterstatter. Wenn wir zurücksehen auf die 5 Tage, so dürfen wir kaum annehmen, daß dieser Vormittag dazu ausreicht. Jedenfalls müssen wir heute Nachmittag noch Sitzung halten. Wir müssen dafür sorgen, daß das Budget bis 1. Juli beendet wird. Wir haben noch die Kultus- und Finanzdebatte vor uns, es muß das Gesetz über die Steuererhöhung behandelt werden und noch an die Erste Kammer kommen. Ebenso das Gesetz über die Gemeindebesteuerung. Wenn Sie dies alles überblicken, so werden Sie mit mir der Ansicht sein, daß wir auf 1. Juli das Budget erledigen müssen. Diesen Termin müssen wir unbedingt einhalten. Es wäre bedauerlich, wenn derjenige Landtag, der über die Verfassungsreform zu beraten hat, zum ersten mal den verfassungswidrigen Zustand herbeiführen würde, daß er nicht auf 1. Juli mit dem Budget fertig wurde.

Abg. Lehmann: Was der Abg. Gießler für seinen Antrag auf Schluß der Debatte angeführt hat, trifft mit wenigen Ausnahmen auf sämtliche Budgetposten zu, und ich kann nicht zugeben, daß das Haus sich in dieser Zwangslage befindet, haben wir doch für andere Dinge außerordentlich viel Zeit gehabt, so für die Justizdebatte allein 3 Wochen. Ich möchte auch zu bedenken geben, was es im Lande draußen für einen Eindruck machen würde, wenn wir für das Volksschulwesen nicht mehr Zeit übrig hätten. Es ist eine bedauerliche Uebung, daß mehrere Redner sich schon mehrere Tage vor der Verhandlung zum Worte melden. Ich habe mich am Tage des Beginns der Schuldebatte morgens vor Beginn der Sitzung zum Worte gemeldet und bin trotzdem ziemlich weit unten in der Reihenfolge der Redner eingetragen worden. Es ist nötig, daß auch wir noch einmal zum Wort kommen, da der Abg. Eichhorn bezüglich der Lehrerbildung eine von uns abweichende Ansicht einnimmt. Wenn wir eben nicht früher fertig werden, so trägt ein Teil der Schuld auch der Umstand, daß wir später einberufen worden sind.

Abg. Jhrig: Auch ich möchte bitten, daß die Debatte nicht geschlossen wird, weil das Gebiet, das wir hier

beraten, eines der wichtigsten und vielleicht das wichtigste ist, das den Landtag überhaupt beschäftigt. Wir haben uns mit anderen Materien so eingehend beschäftigt, daß wir uns auch in dieser Beziehung die nötige Zeit geben können.

Abg. Greiff: Ich bin einer der Redner, die zunächst an das Wort kommen. Wir haben alle gehört, welches großes Aufsehen die Angelegenheit in Balldorf gemacht hat, welche auch der Abg. Fräuhäuf zur Sprache gebracht hat. Man würde es nicht verstehen, wenn mir nicht Gelegenheit gegeben würde, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Abg. Dr. Binz: Ich bin der Meinung, daß die Diskussion sachlich im Grund genommen erschöpft ist (Zustimmung) und neue Gesichtspunkte nicht beigebracht werden können. Es sind auch sämtliche Fraktionen zum Wort gekommen. Doch habe ich die Empfindung, daß nach der Rede des Abg. Goldschmidt, die sich verschiedentlich gegen die kleineren Fraktionen gerichtet hat, es wohl gerecht wäre, aus jeder Fraktion, sofern sie Wert darauf legt, noch einen Redner zum Wort kommen läßt.

Abg. Giesler: Ich glaube, daß man uns, wenn wir Schluß der Debatte beantragt haben, nicht den Vorwurf machen kann, daß wir uns mit der Volksschule nicht eingehend beschäftigt hätten. Ich habe ja vorhin schon auseinandergesetzt, welche Zeit und Arbeit dieser Frage zugewendet wurde. Wenn gesagt worden ist, man hätte bei anderer Gelegenheit Zeit sparen sollen, so mache ich darauf aufmerksam, daß wir früher nicht jeden Tag Sitzung und auch keine Nachmittagsitzungen hatten. Wir haben also, wenn wir 4 Sitzungen auf die Volksschule verwenden haben, so viel Zeit gebraucht, als wir bei der Justizdebatte in 2 Wochen gebraucht haben. Ich bezweifle, ob wir mit dem Vorschlag, daß jede Fraktion noch einen Redner stellt, weiter kommen würden, ich möchte vielmehr bitten, dem Schlußantrag zuzustimmen.

Abg. Eichhorn: Ich gebe zu, daß die Arbeit drängt, und die Situation des Hauses keine beneidenswerte ist. Andererseits steht ein so wichtiges Kapitel auf der Tagesordnung, daß wir nicht darüber hinwegkommen können, noch einige Zeit darauf zu verwenden. Es haben sich nach meiner Schätzung noch 16 Redner zum Wort gemeldet, und es wäre bedauerlich, wenn über einem Viertel der Mitglieder des Hauses durch Schluß der Debatte einfach das Wort entzogen würde. Ich bitte das Haus, dem Vorschlag des Abg. Binz beizutreten. Die Fraktionen werden dann sich über die zu stellenden Redner einigen.

Abg. Dr. Binz: Auch für meine Fraktion muß ich natürlich das Recht vorbehalten, daß noch einer meiner Kollegen zu Wort kommt, was ich zur Vermeidung eines Mißverständnisses gegenüber dem Abg. Giesler bemerken möchte.

Abg. Fehrenbach: Ueber die Wichtigkeit der Debatte sind wir alle einig. Die Wichtigkeit entscheidet sich aber nicht nach der Vielheit und Länge der Reden. Darüber ist sich auch der Lehrerstand klar, daß wir die Schulangelegenheiten mit großem Ernst behandelt haben, und sich etwas erheblich neues und wirkungsvolles heute nicht mehr sagen läßt. Also einen Vorwurf kann man uns aus der Verkürzung der Debatte nicht machen. Durch eine allzu weitläufige, langweilige Behandlung kann eine Sache nur geschädigt werden. So kann es auch der Schulsache ergehen. Wir haben diesmal die Eisenbahner früher nehmen müssen, aber auf sie auch nicht mehr Zeit verwendet, als jetzt auf die Schuldebatte. Die Eisenbahner können wohl zufrieden sein. Die Schulsache ist aber jetzt auch ausgiebig behandelt.

Welche großen Aufgaben haben wir aber noch auf diesem Landtag! Dafür muß auch im Lehrerstand Verständnis sein, daß wir vor dem 1. Juli das Kultusbudget und das Finanzgesetz fertig haben müssen. Dazu brauchen wir die nächste Woche, damit müssen wir fertig werden. Außerdem haben wir noch einige Gesetze zu beraten. Der Wert des Parlamentarismus besteht nicht in der Länge der Landtage und der Vielheit der Reden. Wenn es in deutschen Ländern mit dem Reden und Reden so weiter geht, dann werden die Herren Redner den Parlamentarismus zu Tode reiten. Davor möchte ich denn doch warnen. Es ist nicht nötig, daß jeder einzelne die Ansicht jedes andern widerlegt. Ich begreife den Geist der Anregung des Herrn Binz, es gibt aber dann noch 10 Redner. Jedenfalls wird diese Auseinandersetzung den guten Zweck gehabt haben, daß die Parteiredner sich entweder sehr kurz oder gar nicht fassen werden (Heiterkeit). Die Absicht, daß jede Partei zum Wort kommt und ihre Schmerzen vortragen kann, wird durch die Begründung der Antragsteller erfüllt.

Präsident Dr. Günner: Es sind noch 17 Redner gemeldet, und zwar die Abg. Dr. Weiß, Neuwirth, Lehmann, Greiff, Harisch, Köhler, Müller, Heimbürger, Duffner, Fehrenbach, Benedey, Süßkind, Kopf, Obkircher, Pfeifferle, Muser, Jhrig. Ich schlage vor, die Sitzung für kurze Zeit zu unterbrechen, und bitte den Seniorenkonvent zur Beratung zusammenzutreten.

Dies geschieht.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung ergreift zunächst das Wort

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Geh. Rat Dr. Frhr. v. Dusch: Ich habe dem Hohen Hause eine für die Geschäftslage nicht unwichtige Mitteilung zu machen. Ich bin von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog beauftragt, dem Hohen Hause einen Gesetzentwurf vorzulegen über die Abänderung des Ortsstrafengesetzes. Ich glaube zur näheren Begründung nichts ausführen zu sollen, nachdem schon bei der Beratung des Grundbuchgesetzes der Herr Abg. Zehnter ausführlich über diese Materie gesprochen hat. Das Kommissorium ist in erster Reihe auf den Herrn Minister des Innern, dann aber auch auf mich ausgezeichnet, so daß ich legitimiert bin, Ihnen diesen Entwurf vorzulegen.

Präsident Dr. Günner: Es wird die Drucklegung des Entwurfs und die Verteilung an die Mitglieder erfolgen.

Die Beratung über die geschäftliche Behandlung wird demnächst auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Der Seniorenkonvent hat sich dahin geeinigt, es soll dem Hause der Vorschlag gemacht werden, die Generaldebatte zu schließen mit dem Vorbehalt, daß noch vier Fraktionsredner zu hören seien, und zwar die Herren Lehmann, Greiff, Heimbürger und Fehrenbach. Die Begründung der Abänderungsvorschläge der Herren Eichhorn und Genossen findet in der Spezialdebatte statt.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Abg. Lehmann: Nachdem ich versprochen habe, nicht über eine halbe Stunde zu reden, muß ich viel von meinem Material unbenutzt lassen. Wir haben gesehen, wie die Meinungen darüber auseinander gehen, wie weit der Unterrichtsplan ausgedehnt werden soll, und ob die Einheitschule eingerichtet werden soll oder nicht. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Einheitschule das Richtige ist und gegen diese nur Widerstand geleistet wird wegen der Scheidung unseres Volkes in verschiedene Klassen. Ohne diese könnte diese Frage gar nicht aufkommen. Der Reiche ist schon aus ästhetischen Gründen dagegen, daß sein gut gekleidetes und sauber gewaschenes

Kind neben dem Proletariatskind sitzen soll. Wir verlangen die Einheitschule, weil wir wissen, daß die reichen Leute, weil sie die Macht haben, für die bessere Ausgestaltung der Volksschule ganz anders eintreten würden, wenn die Einheitschule eingeführt würde, als jetzt, wo die Reichen in den größeren Städten die Möglichkeit haben, ihre Kinder in andere Schulen zu schicken. Der Herr Minister hat die Auffassung vertreten, daß der Schulzwang zu sehr in die persönliche Freiheit des Einzelnen eingreifen würde. Der Schritt vom Unterrichtszwang zum Schulzwang ist aber nur ein kleiner Schritt. Wenn man der Auffassung des Herrn Ministers beipflichtete, müßte man noch gegen manchen andern Zwang auftreten, zuerst gegen den Militarismus. Wir haben den Zwang auf allen Seiten. Die gesellschaftlichen Interessen stehen höher als die des Einzelnen. Wir haben auch den Zwang in hygienischer Beziehung, z. B. auch den Leichenhallenzwang, hinter dem die Pietät zurücktreten muß. Der Schulzwang ist auch ganz gut möglich. Ueber die Frage der Ausdehnung bezw. Einschränkung des Unterrichts gehen auch die Meinungen auseinander. Bei Gelegenheit der Mittelschuldebatte habe ich verlangt, daß in den höheren Klassen für eine Religionsstunde ein anderes Fach eingestellt werden könnte. Man hat mir dies ja übel genommen und wegen meiner Parteistellung angenommen, ich wolle den Religionsunterricht überhaupt beseitigen. Nach meiner Ansicht ist der Religionsunterricht Sache der Kirche, nicht der Schule. Wenn der Religionsunterricht aus der Schule ausscheiden würde, dann wäre Zeit genug, noch alle die Dinge zu lehren, die erforderlich erscheinen. Wie wenig die konfessionelle Schule und ebenso die Simultanschule geeignet ist, die Kinder richtig zu erziehen, erhellt daraus, daß trotz der vielen Religionsstunden die Moral noch viel zu wünschen übrig läßt. Die Ansicht Hennig's, die Religion könne aus Rücksichten auf die Moral nicht aus dem Lehrplan der Volksschule wegfallen, ist unzutreffend.

Ich war sehr erstaunt über die geschichtlichen Darlegungen des Abg. Hennig, der die französische Revolution und die Abschaffung Gottes mit der Schuldebatte in Zusammenhang gebracht hat. Er wollte jedenfalls beweisen, daß der Religionsunterricht in der Schule nicht zu entbehren sei. Der Zwiespalt besteht darin, daß die Schule dazu benützt werden will, gleichzeitig das kirchliche, das religiöse Interesse zu berücksichtigen, während unser Standpunkt der ist, die Schule zu verweltlichen, die Religion aus der Schule auszuschneiden. Die Schule hat die Kinder zu befähigen für den späteren Kampf mit dem Leben, während die Religion für das von der Kirche gelehrt jenseitige Leben vorbereiten soll. Das sind zwei Dinge, die man auseinander halten muß. Im Religionsunterricht werden eine Menge Dinge gelehrt, die für die Kinder nicht begrifflich sind, die sogar Erwachsene nicht begreifen. Die Denkkraft wird dadurch beeinträchtigt. Ich habe schon bei der Mittelschuldebatte hingewiesen, daß die Schöpfungsgeschichte, wie sie im Religionsunterricht gelehrt wird, gegenüberstehe der in der Naturwissenschaftsstunde gelehrt Entstehungsgeschichte der Welt. Meine Ausführungen sind mir damals sehr übel genommen worden, es wurde mir entgegengehalten, ich hätte die Sache nicht verstanden, es handle sich um große Zeitläufe u. a. m. Man hat mich von anderer Seite darauf aufmerksam gemacht, wie wenig man Ursache habe, diese Auffassung nur als die der Sozialdemokratie hinzustellen, sondern daß dieselbe Auffassung auch vertreten wird von andern Leuten zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Mehr kann man doch nicht verlangen. Die Geschäftsstelle der „Technischen Stände“, gezeichnet i. B. Born sen. Ingenieur hat am 15. April 1902 an das Königl. Kultusministerium in Berlin folgende Eingabe gerichtet:

Viele tausend Kinder kommen während der Schulzeit bereits dazu, diese Schöpfungsgeschichte als unwahr anzusehen, weil die sozialdemokratischen Schriften planmäßig die wissenschaftlichen Fortschritte zu Angriffen auf die Religion benutzen und die Schöpfung nach Moses I, 1, mit Vorliebe dazu vermehren.

Siehe „Moses und Darwin“ von Professor Dobel in Zürich.

Das Fortbestehenlassen der Buchstaben-Auffassung in den Lehrbüchern trägt hiernach dazu bei, die geordneten Grundlagen zu zerstören, welche die Schule für das Leben schaffen soll.

Für die Bekämpfung der Sozialdemokratie richten wir infolge dessen hiermit die Aufforderung an das Kultusministerium:

„Die Schöpfungsgeschichte in solcher Weise in den Schulen lehren zu lassen, daß der Gegensatz zu Wissenschaft verschwindet.“

Wir sehen von Jahr zu Jahr, daß die Kreise, wie die Nationalliberalen in Preußen jetzt gutwillig zurückgewichen sind, Auch die Jungliberalen, die die altliberale Partei noch aufrecht erhalten wollen, sind vor dem reaktionären Ansturm zurückgewichen, indem sie den angesagten Delegiertentag aufgegeben haben. Die Nationalliberalen werden also auch mitmachen, daß die konfessionelle Schule die Schule der Zukunft ist. Von dem Abg. Fehrenbach ist nun freilich namens seiner Fraktion erklärt worden, daß ein Angriff ihrerseits auf die Simultanschule nicht gemacht werde, daß aber auch Angriffe auf den jetzigen Zustand von anderer Seite nicht kommen dürften. Auch der Abg. Behner hat sich vor zwei Monaten als einen sehr modernen Menschen hingestellt. Ich habe immer die Empfindung, als ob derartige Äußerungen etwas sehr nach oben gerichtet seien. Ich werde in dieser Empfindung bestärkt durch die Beobachtung, daß, als gelegentlich der Mittelschuldebatte die Schaffung eines selbständigen Unterrichtsministeriums angeregt wurde, die Herren von der Zentrumsparlei sich unisono dagegen ausgesprochen haben. Wenn man sich vergegenwärtigt, welche außerordentlich scharfen Angriffe auf den Herrn Direktor des Oberlehrerats erfolgt sind, so wird einem der Zweck der Attacke klar. Selbst der Abg. Hennig, der gestern außerordentlich konziliant gesprochen hat, der auch nicht in den Fehler verfallen ist, auf die Sozialdemokraten zu schimpfen, dessen Ausführungen man zum Teil unterschreiben kann, hat gestern scharfe Worte gegen das Unterrichtsministerium, den Herrn Oberlehreratsdirektor gefunden. Man vergegenwärtige sich aber doch, warum diese Angriffe erfolgt sind. Es handelt sich einfach darum, einen alten Erlaß in Erinnerung zu bringen, wonach die Schulstunden durch Abhaltung kirchlicher Art nach Möglichkeit nicht unterbrochen werden sollten. Ich glaube immer, daß man auf jener Seite (zum Zentrum) etwas Morgenluft wittert, und daß der dem Herrn Oberlehreratsdirektor mit tödlicher Sicherheit folgende Nachfolger solche Erlasse nicht mehr in die Welt gehen läßt. Auf diesem Standpunkt steht die Zentrumsparlei und handelt darnach, wenn sie jetzt erklärt, wir wollen nicht daran rütteln.

Die Nationalliberalen und das Zentrum sind darüber einig, daß der Volksschüler nicht mehr zu lernen braucht, als notwendig ist. Daß dem Zentrum der Volksschullehrer noch zuviel lehrt, geht daraus hervor, daß der verstorbene Peter Reichensperger bei Beratung des preussischen Schulgesetzentwurfs von Jedlitz ohne den Widerspruch seiner Partei den Standpunkt vertreten hat, es dürfe auf der Volksschule nicht zuviel gelehrt werden. Er hat damals gesagt:

„... Nun sagt der § 5 der Vorlage, daß als allgemeine obligatorische für alle Volksschulen geltende Lehrgegenstände dienen sollen: vaterländische Geschichte, Geographie, Naturkunde, Zeichnen! Nun meine Herren, das sind alles recht schöne Dinge, aber sie sind meiner Uebersetzung nach nicht bloß ein überflüssiger Luxus, sondern sie tragen die allergrößten Gefahren für die Gesamtheit, für den Staat in ihrem Schoße. Ich frage ganz einfach, ob denn junge Leute, die bis zum vollendeten vierzehnten und fünfzehnten Lebensjahre mit allen diesen schönen Dingen traktiert worden sind, mit Zufriedenheit und innerer Befriedigung in den ihnen allein geöffneten Lebensweg eintreten können, als Ackerknecht oder Stallknecht, als Ziegenhirt oder Gänsehirt, als Lehrling oder Fabrikarbeiter? Ich frage, meine Herren, ob diese jungen Leute mit Befriedigung, ja ohne Scham und Wut in solche Stellungen eintreten und ob sie sich nicht für viel zu gebildet und zu gut erachten, dergleichen Obliegenheiten auf sich zu nehmen.“

Das ist nicht die einzige Aeußerung, ich könnte Ihnen eine Menge Aeußerungen in gleichem Sinne bringen von Angehörigen der Zentrumsparthei und der Konservativen dafür, daß die Herren nur bis zu einem gewissen Grade die Schulbildung wünschen. Wenn die Zentrumsparthei noch mehr an Einfluß gewinnt, so wird die Schule nicht gut aufgehoben sein, am wenigsten die Volksschule, einfach deshalb, weil mit der erhöhten Bildung der Unglaube um sich greift. Das Zentrum ist ja deshalb auch aus den Städten ziemlich hinausgedrückt. Sobald auch in den Landtschulen die Unterrichtsstunden vermehrt und mehr Naturwissenschaft gelehrt wird, so wird Ihre Herrschaft (zum Zentrum) über die Schule mehr und mehr schwinden. Dieser Standpunkt ist von Interesse der Zentrumsparthei erklärlich. Die Zentrumsparthei würde ihre Pflicht schlecht erfüllen, wenn sie nicht so handeln würde. Am 6. Oktober v. Js. fand in Rastatt eine Landesversammlung der badischen Zentrumsparthei statt. Dort wurden auch die Landtagswahlen besprochen. Der frühere langjährige Führer des Zentrums, der geistliche Rat Wacker, der sogar einmal ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium veranlaßt hat, erklärte damals:

„Was nun die Schulgesetzgebung anbelangt, so wird der binnen kurzem erscheinende Wahlausruf der Zentrumsparthei in Baden einen Passus bezüglich dieser Frage nicht enthalten, während der nationalliberale einen solchen enthält. Die Aufnahme eines solchen Passus wäre gleichbedeutend mit der Frage, ob die große Schulgesetzfrage aufgerollt werden soll oder nicht. Redner getraue sich im Augenblicke nicht, hierzu seine Hand zu bieten, und dieser Standpunkt hat bisher in zahlreichen Kreisen volle Billigung gefunden. Für uns besteht kein Zweifel darüber, wie wir uns zu der konfessionellen und der gemischten Schule stellen, aber es wäre ein ausgesprochenes Mißgeschick zu erwarten, wenn wir jetzt eine Lösung der Schulgesetzfrage in unserem Sinne wünschten, daher ist es ratfam, daß die große Schulfrage augenblicklich im Parlament nicht behandelt wird. Wenn jemand sagt, wir hätten die Schulfrage aktuell gemacht, so ist dies weiter nichts als ein Wahlmanöver solcher Parteien, die die Absicht haben, diese Frage aktuell zu machen, wie z. B. der nationalliberale Wahlausruf beweist. Wir wissen, daß die kulturkämpferische Richtung Platz gegriffen hat, und zwar ist dies der Fall, weil diese Richtung heute dort Trumpf ist. Für uns ist heute in der Politik noch Gelegenheit genug zur Abwehr, neue Streitpunkte brauchen wir nicht in die Debatte zu werfen. Erreichen wir nur, daß ein anderer Geist in die Schule einzieht, dann sind wir schon zufrieden.“

Für den anderen Geist wird schon gesorgt werden, wenn der gewünschte Wechsel nach oben hin eingetreten ist. Wir brauchen heute nicht zu zweifeln, daß noch weitere Angriffe kommen werden; sie werden sicher kommen, und es wird nicht allzulang dauern. Wir haben dafür, daß die Zentrumsparthei kein Freund ist für die Ausdehnung der Schulzeit, genug Beweise. Es sind in den Volksschulen 16 Unterrichtsstunden vorgegeben, davon gehen 3 für Religionsunterricht und $\frac{1}{2}$ Stunde für religiösen Gesang ab, sodaß noch $12\frac{1}{2}$ Stunden übrig bleiben. Ich bin der Meinung, daß die Schulverwaltung darauf dringen sollte, daß man in erster Reihe an den Stunden des Religionsunterrichts spart, schon weil dieser von den Kindern doch nicht verstanden wird. Ich glaube auch, daß die Zentrumsparthei bei ihren Angriffen auf die Schulverwaltung keinen großen Widerstand bei den Nationalliberalen finden wird. Am besten sieht man dies daraus, daß für die Lehrerbildungsanstalten auch in der Zeit der nationalliberalen Herrschaft nicht das geschehen ist, was hätte geschehen sollen. Wir haben in Baden nur 4 Lehrerseminare, während in Elsaß-Lothringen 11 und in Hessen 8 sich befinden. Daraus erklärt sich ein Teil des Lehrermangels. Es ist gesagt worden, daß es eine Beleidigung der Lehrer sei, wenn man darauf verweise, daß ihre Vorbildung mangelhaft sei. Das kann ich nicht finden. Es liegt dies in dem System, vor allem darin, daß die erste Grundlage, die bessere Bezahlung, fehlt. Von dem Augenblicke an, wo die Lehrer bessere Bezahlung bekommen, ist auch der Zugang zum Lehrersfach stärker. Der Oberschulratsdirektor freilich meint, es sei nicht durchführbar, daß die Lehrer auf den Mittelschulen vorgebildet werden. Ebensov wenig, wie plötzlich die 5 jährige Seminarvorbildung auf 6 Jahre erhöht werden konnte, ebensov wenig kann auch plötzlich die Mittelschulvorbildung eingeführt werden. In beiden Fällen müssen Uebergangsbestimmungen geschaffen werden. Wenn man darauf hinweist, daß man auch in andern Ländern Lehrermangel habe, so beweist das höchstens, daß die Lehrer im allgemeinen zu schlecht bezahlt sind. Die Volksschule bringt in die Seminare Zöglinge, die durchschnittlich $2\frac{1}{2}$ Stunden täglich Unterricht gehabt haben, während die von den Mittelschulen kommenden 4–6 Stunden täglichen Unterricht gehabt haben. Daß daher die aus der Mittelschule kommenden ein anderes Maß von Wissen haben, liegt auf der Hand. Man muß auch bedenken, daß in den Volksschulen auf dem Lande die Kinder 3 Jahre lang zusammen unterrichtet werden, während auf den Mittelschulen der Unterricht ganz anders gestaltet ist und die Schüler derselben Jahresklasse angehören. Denn auf den Volksschulen muß dafür gesorgt werden, daß auch die Unqualifiziertesten mitkommen, während auf den Mittelschulen die Klassen nach oben hin kleiner werden und somit nach oben hin eine gewisse Auslese stattfindet. Ich stehe auf dem Standpunkt, wir können nicht so lange warten mit der besseren Ausbildung unserer Lehrer, bis die Volksschule so gestaltet ist, daß sie als Vorbildung für die Lehrerseminare genügend ist, denn es steht nicht zu erwarten, daß eine wesentliche Besserung eintritt angesichts der wachsenden Macht des Zentrums im Reich und im Lande. Wie der Lehrer so die Schule. Es kommt nur darauf an, was der Lehrer weiß. Wie ich aus sicherer Quelle weiß, sollen die Vorschulen in Mannheim, welche von den Kindern besucht werden, die später zum Gymnasium übergehen, bessere Resultate erzielen als die Volksschulen. Der Grund ist der, daß für diese Schulen die besten Lehrer verwendet werden, und die Klassen kleiner sind. (Abg. Blümmel: Das geschieht zu einem bestimmten Zweck! Abg. Gieseler: Die Bürgerschule ist besser!) Ich kann zwischen der Bürgerschule und der Volksschule einen Unterschied nur

darin sehen, daß an der Bürgerschule das Französische obligatorisch und an der Volksschule fakultativ ist, und an der Bürgerschule die Klassen im allgemeinen auch kleiner sind. Auch sind an der Bürgerschule nur Kinder besserer Stände und nicht solche, die, bevor sie in die Schule kommen, schon Wecken oder Zeitungen ausgelesen haben. Der Genosse Eichhorn meint, wir würden, wenn wir Mittelschulbildung für die Lehrer einführen, ganze Klassen ausschließen. Mit der Befürchtung, daß deshalb die Lehrer einen Standesbünkel bekämen und sich über andere erhaben fühlten, damit hat es gute Wege, denn der Lehrer hat meist nicht zu viel, sondern zu wenig Selbstgefühl, namentlich auch dem Geistlichen gegenüber, dem er die Orgel spielt. Arbeiterfamilien sind nur ausnahmsweise in der Lage, ihren Kindern Seminarbildung zu geben, weil sie zu teuer ist. Ich habe hier einen Jahresbericht vom Lehrerseminar I in Karlsruhe. Da ist ausdrücklich festgestellt, daß die Gesamtkosten der Ausbildung eines Lehrers auf 1200 Mark kommen. Das ist eine Summe, die ein Arbeiter nicht erschwingen kann. In Gengenbach verlangt man 100 Mark Einzahlung in der Präparandenschule, 18 Mark für Dekonomiebeitrag, ferner 30 Mark für Bücher. Diese Ausgaben kommen gleichzeitig mit denen für die Konfirmationen. So wären es 300 Mark die der Arbeiter auf einmal auf den Tisch zu legen hat. Durch die Statistik ist es erwiesen, daß es nur sehr wenig Arbeitern möglich ist, ihre Söhne Lehrer werden zu lassen. Zu meinem Bedauern habe ich nicht den zehnten Teil dessen sagen können, was ich hätte sagen wollen (Heiterkeit). Die Herren Nationalliberalen sind eigentlich viel zu gut davongekommen. Aber aufgehoben, ist nicht aufgehoben. Ich komme zum Schluß.

Es besteht zweifellos die Gefahr der Klerikalisierung der Volksschulen. Wir werden auf diesem Wege noch so weit kommen wie Preußen. Wenn aber der Bogen von der einen Seite zu straff gespannt wird, dann wird die Reaktion eintreten, und es wird daselbe geschehen wie in Frankreich. Das deutsche Volk wird sich ein Mühschrauben seiner Bildungsbedürfnisse auf die Dauer nicht gefallen lassen. Die Schulen müssen besser werden, nicht schlechter. Es ist hohe Zeit, daß Unterrichtsverwaltung und Landtag sich aufraffen, um die Mißstände zu beseitigen, die zu beseitigen sind, sonst wird die Entwicklung unserer Kultur gehemmt. Die Lehrer müssen gut vorgebildet und gut bezahlt werden. Dies ist die Grundlage aller Schulreform.

Abg. Greiff: Die Resolution, welche die Bürgermeister meines Wahlbezirks vor einigen Monaten gefaßt haben, wurde gestern dem Hohen Hause durch den Abg. Fröhlich in ihrem Wortlaut bekannt gegeben. Die Stellung, welche hier Seitens einer großen Zahl von Gemeindevertretern eingenommen wurde, hat nicht allein in den beteiligten Kreisen, sondern auch hier in diesem Hohen Hause berechtigtes Aufsehen erregt. Man wird sich auch sagen dürfen, es müssen schon recht bedenkliche Zustände herrschen, wenn die Bürgermeister eines Landbezirks sich zu einem derartigen Vorgehen entschließen. Ohne Zweifel ist aber damit der Beweis geliefert, daß der vom Oberschulrat so lange abgelängnete Lehrermangel tatsächlich vorhanden ist. Es hat sich nun zwar auch der Oberschulrat dazu verstehen müssen, einzugehen, daß dieser Lehrermangel besteht, aber der Vorwurf kann dem Oberschulrat nicht erspart werden, daß es seiner Haltung zuzuschreiben ist, wenn dieses Hohe Haus lange Zeit unter dem Eindruck gestanden hat, daß es mit dem von den Lehrern behaupteten Lehrermangel eine übertriebene Sache sei.

Dem gegenwärtigen Herrn Minister einen Vorwurf zu machen aus der Rückständigkeit auf dem Gebiet des

Schulwesens, das halte ich nicht für richtig. Wir verdanken dem gegenwärtigen Ministerium entschiedene Fortschritte, und es wäre ungerecht, daselbe dafür verantwortlich zu machen, daß lange Jahre nichts geschehen ist. Wir werden aber durch die Schritte, zu welchen sich die Gemeindevertreter veranlaßt sehen, davon überzeugt, daß es schlimmer steht, als viele von uns vermute!

Die Bürgermeister, welche sich zu diesem Schritt entschlossen haben, stehen nicht in dem Ruf übertriebener Lehrerfreundlichkeit, sie handelten auch nicht aus irgend welchen anderen Rücksichten, es sind Leute verschiedener Parteizugehörigkeit, und wenn ich richtig unterrichtet bin, geht der Antrag auf Verstaatlichung der Schule sogar von der Zentrumsseite aus. Es wäre aber ein Irrtum, wenn man hier glauben sollte, diese Männer seien sich der Tragweite ihres Antrages nicht bewußt, es wäre falsch zu glauben, sie seien lediglich von dem engherzigen Gedanken ausgegangen, eine unbequeme finanzielle Last auf die Schultern des Staates abzuwälzen. Nein, so liegt die Sache nicht, es ist vielmehr die große Misere auf diesem Gebiet, es sind die ganz unerträglichen Zustände, durch welche die Bevölkerung nach und nach in dem Gedanken bestärkt wird, es könne die Schule, so lange sie den Charakter einer Gemeindevorstellung habe, überhaupt nicht auf die ihr gebührende Höhe gebracht werden. Ich stehe nicht auf diesem Standpunkt und zweifle auch nicht, daß man sich in den Zentrumskreisen meines Bezirkes davon überzeugen wird, daß die Verstaatlichung der Volksschule keine so einfache Sache ist.

Mit Recht wurde im Lauf der Debatte herbergehoben, daß ohne guten Schulhaushalt man heute den Kampf ums Dasein nicht bestehen könne. Das ist eine Tatsache, die man auch draußen auf dem Lande erkannt hat, und es berührt recht schmerzhaft, wenn man bemerken muß, daß in der Industrie und auch in anderen Berufszweigen die besseren Posten von Nichtbadenern besetzt werden, während unsere eigenen Landesfinder zurücktreten müssen, weil ihnen der Schulhaushalt fehlt. Wenn unsere Gemeindevorstände also diese traurigen Zustände beseitigen wollen, so ist dies ein anerkanntes Bestreben.

Daß wir unseren Lehrerstand besser stellen müssen, wenn wir keine weiteren Rückschritte machen wollen, wenn wir wünschen, daß sich neue Kräfte diesem Beruf zuwenden, das ist von allen Seiten anerkannt worden. Unsere augenblicklich schlechte Finanzlage darf uns nicht daran hindern, das absolut Notwendige zu tun. Es handelt sich hier um eine Kulturfrage, die eben erfüllt werden muß, und wenn wir Anspruch darauf erheben, ein Kulturstaat zu bleiben, so müssen wir die erforderlichen Mittel aufbringen, mögen sie herkommen, woher sie wollen. Die Fraktion, welcher ich die Ehre habe, anzugehören, hat längst erkannt, daß hier Wandel geschaffen werden muß, sie hat einen Antrag eingebracht, der den berechtigten Wünschen der Lehrer Rechnung zu tragen geeignet ist und einen praktischen Erfolg verspricht. Die Kommission hat diesem Antrag sich angeschlossen, und wenn er mit der Erweiterung, daß die Einweisung in den Gehaltstarif nicht unter G 5 stattzufinden hat, hier angenommen wird, so dürfen wir die Hoffnung haben, daß in unserem Lehrerstand die Zufriedenheit einkehrt, die wir im Interesse unseres Landes und unseres Volkes wünschen müssen.

Abg. Dr. Heimburger: Ich kann mich in diesem Stadium der Beratung natürlich auch nicht auf alle Punkte einlassen, die ich sonst besprochen hätte. Der Abg. Eichhorn hat erklärt, das Volksschulbudget sei das wichtigste im ganzen Staatshaushalt. Die Debatten haben gelehrt, daß man dem ohne Einschränkung zustimmen kann; nicht in dem Sinne vielleicht, daß es zu allen Zeiten das wichtigste ist, wohl aber in dem

Sinn, daß die Volksschulen am dringendsten der Besserung bedürfen, und deshalb für unsere Beratungen das wichtigste sind. Die Erkenntnis von dieser Wichtigkeit ist aber nicht so jung wie man gestern gemeint hat. Der Abg. Fröhlich hat zu meinem Erstaunen gesagt, wie er in den Landtag gekommen sei, habe er es sich zur Aufgabe gestellt, die Volksschulfrage zu einer grundsätzlichen Erörterung zu führen, und dies sei ihm jetzt gelungen. So ist denn das doch nicht gegangen. Ich darf für uns in Anspruch nehmen, daß wir vom ersten Augenblick an immer an die Schulfrage hingewiesen haben, daß wir mit Reden und Anträgen hervorgetreten sind und auch einiges erreicht haben. Es war nicht immer so leicht wie heute, diese Bestrebungen hier und draußen zu vertreten. Heute ist in weitesten Kreisen die Ansicht Gemeingut, daß die Volksschule dringend gebessert werden muß. Früher ist man auf ganz andere Schwierigkeiten und Segnerschaften gestoßen. Es ist auch nicht richtig, wenn der Abg. Eichhorn gesagt hat, daß die bürgerlichen Parteien Anträge nur gestellt hätten, um die Sozialdemokratie zu übertrumpfen. Man ist allseitig darüber einig, daß eine wesentliche Verbesserung der Volksschule dringend nötig ist. Vom Regierungstisch ist dies zwar nicht in vollem Umfang zugegeben, aber doch auch nimmer bestritten worden. Eine Aeußerung des Herrn Ministers halte ich für unrichtig, wenn er gemeint hat, man stelle eigentlich unserer Lehrerschaft ein schlechtes Zeugnis aus, wenn man sage, die Volksschulbildung sei nicht auf der gleichen Höhe wie in manchen Nachbarstaaten. Wenn dem so ist, so kommt es nicht daher, daß die Lehrer ihre Pflicht nicht erfüllen wollen, sondern weil sie sie nicht so erfüllen können, wie sie unter günstigen Verhältnissen zu erfüllen imstande wären. Die Zahl der Unterrichtsstunden ist zu gering, die Klassen sind zu groß, sodaß die individuelle Durchbildung der Schüler nicht möglich ist, und anderes mehr. Das ist nicht die Schuld der Lehrer, sondern derjenigen, die solche Zustände haben einreihen lassen. Eines sage ich allerdings auch: es wäre eine Ungerechtheit, wenn man den jetzigen Herrn Unterrichtsminister für diese Zustände verantwortlich machen wollte. Er hat sie lediglich als Erbschaft übernommen und auch manches seitdem gebessert. Wünschenswert wäre nur, daß er mit noch größerer Energie vorgehen würde. (Zuruf: Erbschaft ausschlagen! Heiterkeit.) Wir sind darüber einig, daß die Schulstunden vermehrt werden müssen, daß die Klassen zu verkleinern sind, daß die Zahl der Seminare vermehrt werden muß, daß endlich die Vorbildung der Lehrer verbessert werden muß. In der letzteren Richtung besteht nun allerdings eine Zwiespältigkeit über den einzuschlagenden Weg. Wir sind für die Mittelschulvorbildung, die Kommissionsanträge für Seminarvorbildung. Ich will auf diese Frage nicht des näheren eingehen, nachdem sie von verschiedenen Seiten, insbesondere von meinem Fraktionsfreund Ibrig, behandelt worden ist. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß unser Vorschlag besser gewesen wäre, erkennen aber an, daß auch der Vorschlag der Kommission eine Besserung enthält, weil er den Weg nach beiden Richtungen freiläßt, und auf diesem Wege sich dann herausstellen wird, welche der beiden Meinungen die richtige war. Jedenfalls kann der vom Regierungstisch gegen unseren Antrag angeführte Grund, daß bis jetzt der Zugang aus den Mittelschulen gering gewesen sei, wohl nicht ins Feld geführt werden. Das ist einfach selbstverständlich. Wenn einer, der die 6. Klasse der Mittelschule absolviert hat, oder wenn seine Eltern sich überlegen, welchen Beruf er einschlagen soll, so werden sie das Beamtengefeß ausschlagen, sehen, welche Berechtigungen er hat, und wenn sie dann diese Berechtigungen sich ansehen und die Bezüge, in die er damit kommen kann, vergleichen mit denjenigen, die er bekommt,

wenn er den Lehrerberuf ergreift, dann ist selbstverständlich, daß der Zugang zu den Mittelschulen kein großer ist. Im Gegenteil, ich muß mich wundern, daß er überhaupt bis jetzt so groß war.

Das Notwendigste ist aber die materielle Besserstellung der Lehrer. Hier ist der Kardinalpunkt, bei dem wir einsehen müssen, wenn wir die anderen Reformen durchführen wollen. Es war deshalb unangebracht, wenn von einer Seite die Andeutung gemacht wurde, als ob die Forderung einer besseren Vorbildung nur deshalb erhoben würde, um höhere Gehälter zu erlangen. Diese höheren Gehälter müssen auf alle Fälle kommen, mit oder ohne bessere Vorbildung. Und da ist es nun unbedingt nötig, daß die Lehrer in den Gehaltstarif hineinkommen. Ich kann deshalb dem Herrn Minister nicht beistimmen, wenn er gesagt hat, die Einreihung in den Gehaltstarif sei nebensächlich, die Hauptsache sei eine bessere Bezahlung. Die mancherlei Mißstände auf dem Gebiete des Schulwesens kommen eben gerade davon, daß die Lehrer nicht in den Gehaltstarif eingereiht sind. Wären die Lehrer jetzt darin, so bräuchten wir diese Debatte garnicht. Es kann nicht so fortgehen, daß die Volksschullehrer besonders behandelt werden und deshalb immer und immer wieder mit Petitionen kommen müssen. Es war mir deshalb auch nicht recht verständlich, wenn der Abg. Fehrenbach es für nötig gehalten hat, auszusprechen, daß, wenn die Lehrer in den Gehaltstarif kämen, und dieser 2 Jahre später eine Aenderung erfahre, sie sich ja nicht einbilden möchten, daß ihre Bezahlung auch wieder verbessert würde. Ich bin im Gegenteil der Ueberzeugung, wenn die Lehrer nach G 5 kommen, so ist es selbstverständlich, daß sie bei Gelegenheit einer Reform des Gehaltstariis daran teilnehmen, wie die übrigen Beamten der gleichen Abteilung (Zuruf: Sehr richtig!) Der Antrag Fröhlich ist nun ja allerdings von der Großen Regierung für unannehmbar erklärt worden. Der Berichterstatter hat gemeint, nachdem diese Erklärung erfolgt sei, könne man auch darauf nicht bestehen. Ich muß dagegen schon sagen: Für mich ist das kein Grund (Zuruf: Sehr richtig!). Denn es ist gerade auf dem Gebiet der Volksschule Tatsache, daß seit vielen Jahren alle Fortschritte der Regierung haben abgezwungen werden müssen, daß sie auf die führende Rolle verzichtet hat, und daß es dem Hause vorbehalten blieb, Anregungen zu geben und Forderungen zu erheben. Wenn wir uns da jeweils auf das „Unannehmbar“ der Großen Regierung eingelassen hätten, so würden wir heute keinen Schritt weiter sein, als damals (Zuruf: Sehr richtig!). Etwas anderes wäre es, wenn die Regierung den Vorschlägen der Kommission volle Billigung hätte zuteil werden lassen, wenn der Herr Unterrichtsminister im Namen des Staatsministeriums erklärt hätte, daß die Kommissionsvorschläge auf dem nächsten Landtag würden erfüllt werden. Gegenüber einer solchen Erklärung wäre die Situation eine andere gewesen. Eine solche Erklärung liegt aber nicht vor, und wir haben auch deshalb keinen Grund, von unserm Standpunkt abzugehen, sondern allen Anlaß, unsere Forderung mit aller Schärfe und Energie aufrecht zu erhalten. Ich glaube auch, wir erweisen dem Herrn Unterrichtsminister damit gar keinen schlechten Dienst, denn ich bin der Ueberzeugung, daß wenn der Herr Finanzminister nicht wäre, der Herr Unterrichtsminister unsere Forderungen gern erfüllen würde. Er wird also einen erheblich leichteren Stand haben, wenn die Forderungen energisch aus dem Hause erhoben werden, es wird ihm dann leichter sein, die etwas starke Hand des Herrn Finanzministers etwas weiter zu öffnen. Aus diesen Gründen müssen wir in erster Reihe auf unseren Anträgen bestehen, werden aber, falls dieselben abgelehnt werden, natürlich auch für die Kommissionsanträge stimmen.

Auf die Frage des Leichensingens will ich mich nicht weiter einlassen. Ich halte den Standpunkt der Groß-Regierung im wesentlichen für richtig, und ich bin überzeugt, auch in den Gemeinden wird man mit der Zeit zu einer gewissen Einigkeit kommen, wenn von beiden Seiten auch von der Geistlichkeit Entgegenkommen geübt, wenn von ihnen die Bevölkerung darauf hingewiesen wird, daß die Schulzeit nicht weiter beschränkt werden darf. Ein gewisser Verzicht auf liebgewonnene Gewohnheiten wird dabei freilich notwendig sein. Allerdings konnte man aus der Darstellung vom Regierungstisch fast entnehmen, als ob die Anordnung der Oberschulbehörde in erster Reihe sich gegen die Lehrer richtet und sie auf die Pflicht, die ausfallenden Unterrichtsstunden nachzuholen, aufmerksam machen wollte. Wenn ein solcher Unterricht ausfällt, ohne Zutun des Lehrers, so ist es doch eine eigentümliche Zumutung, wenn man ihm sagt, er müsse die Stunden nachholen, vielleicht sogar einen freien Nachmittag opfern. Der Lehrer hat auch seine Erholungszeit sehr notwendig! (Zuruf: Sehr richtig!) Der französische Unterrichtsminister hat vor nicht langer Zeit einen Erlaß an die Direktionen herausgegeben, daß die Unterrichtsstunden der einzelnen Lehrer möglichst zusammengelegt werden sollten, damit der Lehrer seine Erholungszeit voll ausnützen könne. Dieser Erlaß kann nur zur Nachahmung empfohlen werden. Daß Stunden ausfallen, kommt auch an den Mittelschulen vor, z. B. in den Residenzen bei Fürstenbesuchen. Es fällt niemanden ein, zu verlangen, daß diese Stunden nachgeholt werden. (Zurufe: Sehr richtig!)

Ich muß sodann noch gegen eine im Laufe der Debatte gemachte Andeutung Stellung nehmen. Es wurde gesagt, es sei ein gewisser Widerspruch, daß wir für die Simultanschule eintreten, aber andererseits die Zustände so unbefriedigend finden. Dieser Widerspruch ist in Wahrheit nicht vorhanden. Selbstverständlich ist mit der Einführung der Simultanschule noch nicht alles geschehen, was für die Schule geschehen muß. Die geringe Stundenzahl der Volksschule, die übergroßen Klassen, die schlechte Bezahlung der Lehrer und der Lehrermangel kommen nicht von der Simultanschule, sondern beruhen auf ganz anderen Ursachen. Wenn wir für die Simultanschule eintreten, so geschieht es nicht, weil wir sie für das Allheilmittel halten. Wir sind dadurch nicht gehindert, an einer Besserung der Verhältnisse zu arbeiten. Hätten wir aber die konfessionelle Schule, so wären alle diese Uebelstände noch viel größere, wir würden mehr Lehrer brauchen, die Verteilung der Schüler nach Konfessionen wäre noch schwieriger, der Lehrermangel träte noch schlimmer in die Erscheinung. (Zuruf: Sehr richtig!)

Nun hat der Kollege Dr. Goldschmit auf unsere württembergische Parteigenossen hingewiesen und sie so hingestellt, als wären sie in der Frage der Simultanschule nicht ganz hafenrein. Ich denke, er wird sich unterdessen überzeugt haben, daß die Hauptvorwürfe durchaus unbegründet sind. Eines ist wahr, es hat ein Abg. sich gegen die Simultanschule ausgesprochen, und ich kann sagen, ich bedaure es auf das lebhafteste. Es ist hier aber etwas anderes, ob einmal ein einzelner Abg. einen rollenwidrigen Seitensprung, oder, wie man in Mannheim gesagt hat, einen Seitensprung in das düstere Gebüsch des Klerikalismus macht, oder ob es eine ganze Fraktion tut, wie es in Preußen der Fall war.

Ich habe noch eine Bemerkung gegenüber dem Abg. Goldschmit zu machen über seine Behandlung des Abg. Jhrig. Er hat eine Bemerkung des Abg. Jhrig aufgegriffen, daß man Geld habe für Chinafeldzüge usw., nicht aber für die Volksschule, und er hat darauf anspielend die nationale Gesinnung des Abg. Jhrig in Zweifel gezogen und gesagt, es sei ihm nicht klar, wie ein solcher Lehrer den Schülern noch Liebe zum Vater-

land lehren könne. Ich muß ein solches Vorgehen eines Abgeordneten gegenüber einem Kollegen im Lehrfach dem Urteil des Hauses überlassen. Es scheint ja die politische Gesinnung seiner Kollegen ein Lieblingsgebiet der Spezialforschung des Abg. Goldschmit zu sein (stürmische Heiterkeit), und er weiß die Ergebnisse seiner Forschung auch hier in die Öffentlichkeit und zur Kenntnis des Herrn Ministers zu bringen. Aber ein sehr starkes Stück war es, wenn der Abg. Goldschmit daran anschließend gesagt hat, diese Aeußerung des Abg. Jhrig hätte ihn auf den Gedanken gebracht, daß es mit der Vorbildung der Volksschullehrer mangelhaft bestellt sei. Ich meine, wenn die Volksschullehrer einen Vertreter haben könnten, der durch seine Person den Beweis liefern könnte, daß der jetzige Bildungsgang der Lehrer keinen Mangel in der Vorbildung erzeugt, so war es gerade der Abg. Jhrig. Ich glaube, dies Zeugnis müssen wir ihm in diesem Hause ausstellen, daß er die Interessen seines Standes in einer Weise vertreten hat, an der niemand mit Recht etwas aussetzen konnte. Wenn nun der Abg. Goldschmit sagt, das Auftreten Jhrigs habe ihm gezeigt, daß die Bildung der Lehrer mangelhaft sei, so könnte dieses Auftreten des Abg. Goldschmit vielleicht den Gedanken bei dem einem oder anderen hervorrufen, daß die Vorbildung des Abg. Goldschmit, nicht die Vorbildung, soweit sie den Unterricht, das Zuführen von Wissensstoff betrifft, sondern soweit sie auf dem Gebiet der Erziehung liegt, nicht auf der Höhe der Zeit stand (Heiterkeit). Ich möchte ferner noch eines sagen. Es ist von Angriffen die Rede gewesen, die gegen verschiedene Mitglieder des Hauses und besonders gegen den Abg. Jhrig gerichtet worden sind. Ich kann nur sagen, diese Angriffe werden uns nicht irre machen, unsere Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen zu tun und für die Hebung der Volksschule und die Interessen des Lehrerstandes nach Kräften einzutreten. Aber eines habe ich gefunden, es war auffallend, daß der Abg. Frühauß in diesen Angriffen gegen den Abg. Jhrig nichts schlimmes gefunden, sondern darin nur eine berechtigte Kritik gesehen hat. Ich bedaure es, daß, nachdem die Lehrer nun einmal nach langen Kämpfen einen Vertreter ihres Standes in diesem Hause haben, aus ihren eigenen Reihen in dieser Weise die Grenzen einer sachlichen Kritik überschritten wurden, und ihrem Vertreter eine solche Behandlung zu teil geworden ist. Damit soll das Recht der Kritik keinem Menschen gekürzt werden, es ist aber etwas anderes, Kritik zu üben, und etwas anderes, persönlichen Groll zum Ausdruck zu bringen. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Fehrenbach: Der Abg. Heimbürger hat meine Ausführungen bezüglich der Gehaltsfrage der Lehrer und der Einreihung in den Gehaltstarif vorhin in seine Rede hereingezogen. Ich brauche hier nur noch einmal festzustellen, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt wir werden im nächsten Jahr voraussichtlich zu einer Revision der Lehrergehaltsfrage kommen, und ich befürchte, daß wir im nächsten Landtage nicht auch schon zu einer Revision der anderen Gehälter kommen, obwohl ich das wünschen würde. Wenn es aber nicht möglich ist, und eine Revision der anderen Gehälter erst im übernächsten Landtag kommen würde, dann habe ich es für meine Pflicht erachtet, die Lehrer darauf aufmerksam zu machen, daß ihre Gehaltsposition in zwei aufeinanderfolgenden Sesssionen nicht revidiert werden kann. Wenn die anderen Beamten auf die Aufbesserung Jahrzehntelang warten müssen, so ist es nicht mehr wie billig, daß bei der Revision der Lehrergehalte nicht schon nach Umfluß von 2 Jahren von neuem eine Aenderung getroffen wird, unter der Voraussetzung, daß im nächsten

Landtage die Gehaltsfrage der Lehrer in auskömmlicher und für absehbare Zeit genügenden Weise geregelt wird. Wenn es so ist, wie Heimburger es wünscht, daß man dem Herrn Unterrichtsminister etwas zu Hilfe kommen sollte gegen den Herrn Finanzminister, dann begreife ich das Verhalten der Herrn in der Mitte nicht, und darauf hätte ich gerne eine Antwort bekommen. Ich glaube, wenn solche Aufwendungen für die Lehrer und für die übrigen Beamten gemacht werden sollen und unsere Staatshaushaltsmittel kaum ausreichen für die ordentlichen Bedürfnisse und wenn man einer ruhigen und überlegten Finanzpolitik nicht zumuten kann, die nötigen Mittel von den Reformprojekten des Abg. Fröhau auf zu erwarten, dann gibt es keine andere Möglichkeit, als für die Steuererhöhung zu sorgen, und es scheint mir die Pflicht der Mitte zu sein, wenn die Frage demnächst zur Erörterung kommt, die entsprechenden Konsequenzen aus ihrer jetzigen Haltung zu ziehen. (Abg. Fröhau: Niedrigere Matrifularbeiträge!) Wenn wir das Glück hätten, den Abg. Fröhau auf vier Wochen als Staatssekretär des Deutschen Reiches zu sehen, dann wäre ja alles bald geregelt, dann würden die Matrifularbeiträge gleich geringer werden, und es würde auch etwas für unsere badischen Finanzen abfallen. Dieser Fall wird aber nicht so rasch eintreten, und so müssen wir eben mit den jetzigen Verhältnissen rechnen, und da weiß ich keine anderen Mittel (Abg. Muser: Eine vernünftige Reichstagswahl!) Da wäre auch wieder der Abg. Fröhau an der Spitze der Bewegung, und ich möchte den Finanzwagen unseres Staates dem Finanzgenie des Abg. Fröhau nicht auf seine einzigen Tag anvertrauen. (Weiterkeit.)

Der Abg. Fröhau hat die Volksschulzustände in einer ganz übertriebenen Weise heruntergesetzt, als ob wir uns in Baden vor der ganzen Welt zu schämen hätten. Ich habe eine komplette Volksschule durchgemacht, bis ich in die 4. Klasse des Gymnasiums eintrat, und zwar droben in einem Schwarzwalddörfchen von 350 Seelen. Jene Volksschulbildung, die mir vor 40 Jahren zuteil geworden ist, hat derart ausgereicht, daß ich im Gymnasium Freiburg in der 4. Klasse in allen Volksschulächern unter den Ersten war. Für die Herren von der Sozialdemokratie, die meinen, wir hätten keine Beziehungen zum Volk, kann ich sagen, unsere Leute haben schon in der alten Zeit Aufsätze machen und Briefe schreiben gelernt. Ich stehe noch in Korrespondenz mit meiner alten Kindsmagd, die jetzt 65 Jahre alt ist, und mit einem alten Schulkameraden; es würde mir Vergnügen machen, wenn sich den Herren die nächsten Briefe, die ich bekomme, zeigen könnte. Sie sind tadellos geschrieben und orthographische Fehler sind kaum 2 darin. (Abg. Fröhau: Die heutige Kindsmagd!) Das ist ein wunder Punkt. Die Stundenzahl ist damals in unserer alten Volksschule nicht größer gewesen als heute, und die Ueberfüllung in der überwiegenden Anzahl der ländlichen Gemeinden ist heute nicht größer als damals, da in den Landgemeinden die Bevölkerung nicht in dem Maß angewachsen ist wie in den Städten, sondern zum Teil zurückgegangen ist. Wenn es war sein sollte, daß, obgleich eine Verminderung des Schulunterrichts nicht stattgefunden hat, die Schule heute nicht mehr auf der Höhe wie vor 40 Jahren stehen sollte, dann kämen wir nicht darüber hinweg, nicht bloß das System anzuklagen, sondern dann müßten die heutigen Lehrer einen Teil der Schuld tragen. Aber ich bestreite, daß dies so ist. Ich habe doch Gelegenheit, in verschiedenen Beziehungen mit den Leuten, die aus der Volksschule hervorgegangen sind, in Berührung zu kommen. Wir haben doch Männer, die nur aus der Volksschule hervorgegangen sind, hier im Hause, die ihren Platz mustergiltig ausfüllen. Und ist etwa unsere Ge-

meindeverwaltung schlecht, sind die Gemeindebeamten nicht imstande ihre Ämter zu verwalten? Sind unsere Ratsschreiber, denen wir in jedem Landtag Lob spenden, nicht mustergiltig? Woher haben diese alle ihre Kenntnisse? Aus der Volksschule. (Zuruf: Nachfolgende Fachbildung!) Ja, das wissen die Herren nicht so, weil sie mit dem Landvolk nicht so verkehren. Die Fachbildung auf dem Lande ist sehr gering; die Landbevölkerung hat ihre Kenntnisse nur von der Volksschule.

Damit soll nicht gesagt sein, daß in unserer Schule nicht Vieles der Besserung bedarf und wir nicht Vertiefung und Verbesserung der Bildung anstreben wollen. Ich kann in dieser Beziehung nicht unterschreiben, was Reichensperger gesagt hat; das scheinen mir Uebertreibungen zu sein. Die Volksschule kann nicht über das 14. Jahr ausgebeht werden. Es ist wichtiger, gründlich und mit Anleitung zum Denken zu unterrichten, als eine gewisse Summe von Kenntnissen beizubringen. (Sehr richtig). Da mag man mich wieder als Reaktionär verschreien, das ist mir ganz egal: Wenn es sich herausstellt, daß der 14jährige Unterricht nicht leistungsfähig wäre für mehr Realien, dann ist es wichtiger, in der deutschen Sprache, im Lesen, Schreiben, im Aufsatz und im Rechnen gründliche Kenntnisse beizubringen, die fürs Leben bleiben. Ist es aber möglich, und das hoffe ich, noch eine Reihe weiterer Kenntnisse beizubringen, so soll es mir sehr angenehm sein.

Der Abg. Lehmann hat gesagt, wir müßten natürlich Feinde der Bildung sein. Darüber habe ich zum Teil schon das Nötige gesagt. Was unser Bildungsbedürfnis anlangt, so bin ich gewiß nicht unbescheiden, wenn ich Herrn Lehmann bitte, nicht über Sachen zu reden, für die ihm die Grundlagen fehlen. Der Feind des Glaubens ist nicht die Bildung, sondern eine gewisse Halb- (Sehr richtig). Man kann nicht über alles reden, nicht in alles eingebracht sein. Wenn man dies nach außen prädenziert, wird man nicht ernst genommen werden. Es gibt Leute hier im Hause, die sich emsig mit verschiedenen Wissenschaften beschäftigt haben, die in ihrem Beruf Gelegenheit haben, die verschiedensten Verhältnisse kennen zu lernen, sie werden sich aber nur in wenigen eng begrenzten Gebieten ein abgeklärtes unanfechtbares Urteil zutrauen. Man kann nicht über Naturwissenschaft und Theologie, Pädagogik, Eisenbahnwesen, Buchdruckerei und alles andere ein autoritatives Urteil haben, sonst erweckt man den Verdacht, daß man nur Reden hält ohne Inhalt. (Sehr richtig.) Ich habe aus den Reden der Herren Eichhorn und Lehmann mit Bedauern entnommen, daß sie das Glück eines verständigen Religionsunterrichts nicht genossen haben, sonst hätten sie sich nicht so über die Religion äußern können, wie sie es getan haben.

Der Abg. Lehmann hat bezüglich meiner Erklärung über die Simultanschulen gesagt, das sei nur momentane Politik. Wenn wir das Ruder in der Hand hätten, würden wir es schon anders machen, eine Klerikalisierung bestehe doch. Diesen großen Satz hat ein anderer großer Mann auch schon aufgestellt. Bewiesen hat ihn der andere große Mann aber auch nicht. Ohne Beweise sind aber solche Sätze nur wie törichte Schemen. Wenn ich Ihnen sage, wir nehmen die Simultanschule an in dem Bestand, wie sie jetzt gesetzlich ist unter der Bedingung, daß an der Erteilung des Religionsunterrichts und an der Berücksichtigung der Konfessionen bei der Ausbildung und Anstellung der Lehrer nichts geändert wird, so haben Sie dies als ein klares Programm hinzunehmen. Sie beklagen sich mit Recht, wenn wir Sie im Verdacht haben, als wollten Sie die von Ihnen gewünschte Aenderung der Gesellschaftsordnung mit Blut und Eisen herbeiführen. Sie sollten endlich ein-

mal als logisch geschulte Männer sich uns gegenüber nicht herausnehmen, was sie sich selbst verbitten können.

Der Abg. Lehmann hat dann von meinem Vorstoß gegen den Oberschulrat gesprochen. Der Zweck dieses Angriffs ist doch sehr klar; ich habe ihn deutlich angegeben. (Zurufel) Die Herren können ruhig darüber sein, ich bin nicht so diplomatisch angelegt, als Sie glauben. (Abg. Süßkind: Ja der Chef einer großen Partei! Heiterkeit). Dem Chef genügt es vorerst an der Ehrlichkeit des guten Willens und einem gewissen Verständnis für unsere staatlichen Aufgaben. Was den § 49 der Schulordnung anbelangt, so glaube ich beinahe, daß die Auffassung des Herrn Direktors des Oberschulrats nur in der Mitte dieses Hauses einigem Verständnis begegnet ist. Ich bin dafür, daß die Schule nicht durch kirchliche Veranstaltungen beeinträchtigt wird. Die betreffenden Stunden müssen deshalb nachgeholt werden. Dies wird dem Lehrer nicht schwer werden, er ist ja als Organist regelmäßig auch beteiligt. Wenn es Geistliche gibt, die kein Verständnis für die veränderten Lebensverhältnisse haben sollten, so habe ich nichts dagegen, wenn dann entsprechend vorgegangen wird. Daß man leicht und sachlich die Unterstützung der vorgelegten geistlichen Behörde finden wird, geht aus dem mitgeteilten Erlaß des erzbischöflichen Ordinariats klar hervor. Aber die Venerung des § 49 macht die Rücksicht auf berechnete Interessen unmöglich. Gegen den Erlaß des früheren Oberschulrats Noß habe ich nichts einzuwenden; dieser hat nur betont, die Lehrer sollten die Stunden nachholen. Dieser Erlaß ist aber nur zu vereinbaren mit der alten Fassung des § 49. Ich denke, die Regierung wird Anlaß nehmen, auch diese Angelegenheit in nächster Zeit in das richtige Geleis zu bringen.

Damit will ich mich begnügen. Ich hoffe, daß die Anträge der Kommission angenommen werden. Je einstimmiger wir den Anträgen beitreten, desto sicherer haben wir zu erwarten, daß auf dem nächsten Landtag für Lehrer und Schule etwas wertvolles geschieht.

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Geh. Rat Dr. Freiherr v. Dusch: Ich glaube, es könnte mißverstanden werden, wenn ich mich nicht über den von allen Seiten erörterten Paragraphen 49 der Schulordnung auch meinerseits äußern würde. Durch die Darlegungen des Herrn Oberschulratsdirektors scheint mir zwar die Sache im wesentlichen geklärt zu sein, allein ich halte es doch vor allem für meine Pflicht zu erklären, daß nicht der Oberschulrat allein, sondern mit ihm das Ministerium für die Sache verantwortlich ist. Die Verordnung ist von mir unterschrieben, und die Instruktion des Oberschulrats ist im vollen Einverständnis mit dem Ministerium erlassen worden. Es hat sich darum gehandelt, ein Prinzip, das allmählich in Vergessenheit geraten war, in Erinnerung zu rufen, nämlich das Prinzip, daß die Schulzeit der Schule gehört, daß der Unterricht nicht beeinträchtigt werden darf. In der Tat wurden Erfahrungen gemacht, die Grund dazu gegeben haben, dieses Prinzip von neuem einzuschärfen. Auf Einzelheiten will ich mich nicht einlassen, es dürfte aber dem Herrn Abg. Fehrenbach genügen, daß erfahrungsgemäß leider an vielen Orten die wünschenswerte Übereinstimmung zwischen Geistlichen und Lehrern nicht herrscht, und daß seitens der Geistlichkeit den Bestimmungen der Schulordnung nicht immer mit dem nötigen Verständnis begegnet wird. Es mußte also einmal Klarheit geschaffen werden, und ich kann dem Herrn Fehrenbach nicht zugeben, daß das in ungeschickter und bürokratischer Art geschehen ist. Die Verordnung ist nicht nur von uns erlassen worden, sondern das Erzbischöfliche Ordinariat hat in Übereinstimmung mit dieser Verordnung und in

Übereinstimmung mit der Großh. Regierung eine zur Durchführung der Maßregel dienliche Verordnung an die Geistlichkeit herausgegeben. Wenn beanstandet wird, daß die Ortsschulbehörde über jeden einzelnen Fall zu beschließen habe, so möchte ich bitten, doch in der Verordnung über die örtlichen Aufsichtsbehörden der Volksschule nachzusehen. Sie werden da finden, daß in eilenden Fällen der Vorsitzende der Ortsschulbehörde selbst die Verfügung treffen kann, daß es also nicht nötig ist, in jedem einzelnen Falle eine Kollegial Sitzung stattfinden zu lassen. Das hat die Regierung nicht erwartet und konnte sie auch nicht erwarten. Vor allen Dingen möchte ich darauf hinweisen, daß der Wortlaut des § 49 allerdings eine Beeinträchtigung des Unterrichts für unstatthaft erklärt, aber nur eine Beeinträchtigung des Unterrichts, d. h. wenn der Unterricht in geeigneter Weise nachgeholt wird, und der Fall, der die Aussetzung einer oder mehrerer Stunden notwendig macht, ein wirklich wichtiger ist, so kann die Aussetzung auch erfolgen. Das ergibt sich auch aus der Verordnung vom 31. Dez. 1902 über die Besorgung des Organisten- und Vorsängerdienstes durch Volksschullehrer, die den Volksschullehrern die Erlaubnis gibt, als Organisten in dringenden Ausnahmefällen auch während der Schulzeit tätig zu sein. Ich möchte auf das verweisen, was der Herr Abg. Wiltens gestern ausgeführt hat, und dem ich mich anschließe: Die ganze Angelegenheit darf nicht lediglich nach der starren Form behandelt, sondern es muß ein Ausgleich der Interessen versucht werden. Es ist aber, glaube ich, von erheblicher Bedeutung gewesen, das Prinzip, daß die Schule nur in den äußersten Notfällen beeinträchtigt werden darf, einmal in der Schulordnung direkt zum Ausdruck zu bringen. Es hat dies schon dazu geführt und wird hoffentlich noch weiter dazu führen, daß die Schule nur in den äußersten Notfällen beeinträchtigt wird. Wenn der Herr Abg. Fehrenbach glaubt, es könne später bei der Revision der Schulordnung eine Aenderung eintreten, so wird ja vielleicht eine andere Formulierung erfolgen können. Die Hauptsache ist aber jetzt die, daß eine friedliche Verständigung erzielt wird darüber, daß einerseits die Interessen der Schule vollständig gewahrt bleiben, andererseits alle Bräuche, an denen das Volk hängt, nicht dadurch beseitigt werden, daß man die Schuljugend davon ausschließt. In dem Bestreben, einen befriedigenden Zustand herbeizuführen, weiß sich die Regierung mit der kathol. und evangel. Oberkirchenbehörde einig. (Abg. Fehrenbach: Entsprechende Weisung an die Kreisräte!)

Die allgemeine Beratung wird hierauf geschlossen.

Das Schlusswort zu Ziffer 2 der Tagesordnung erhält der Berichterstatter

Abg. Mohrhurst: Sie haben durch die Annahme des Schulantrages dokumentiert, daß Sie über die Anträge, ihren Inhalt und ihre Bedeutung orientiert sind und Stellung zu denselben genommen haben, und daß es nicht notwendig ist, weitere Ausführungen darüber zu hören. Dieser Anschauung wird auch der Berichterstatter Rechnung zu tragen u. sich einige Beschränkung aufzuerlegen haben, so groß auch die Versuchung wäre, auf einzelne Ausführungen einzugehen. Wenn ich heute einen Rückblick auf den Verlauf der Generaldebatte werfen darf, so sind es gemischte Empfindungen, die mich dabei überkommen. Es ist einerseits das Gefühl großer Befriedigung, daß von fast allen Seiten des Hauses die Anträge der Kommission mit Wohlwollen aufgenommen worden sind. Auch die Großh. Regierung hat im großen und ganzen zu ihnen eine zusage Stellung eingenommen und die Hoffnung ist daher wohl berechtigt, es würden die Anträge für die Lehrerschaft in absehbarer Zeit zu günstigen Ergebnissen führen. Gewiß

gehen dabei nicht alle Wünsche der Lehrerschaft in Erfüllung, und es bleibt der Zukunft noch ein wesentliches Stück Arbeit überlassen; aber sie wird doch anerkennen müssen, daß ein wesentliches Stück auf dem Weg zum Ziel vorwärts gekommen ist, und daß es immer besser ist, statt im Flug des Mars zur Sonne zu kommen, der mit dem Sturz in das Meer endet, langsam und sicher vorwärts zum Ziele zu schreiten. Erfüllt mich also der Laut der Debatte soweit mit Befriedigung, so habe ich doch gestern ein drückendes Gefühl nicht frei werden können. Ich müßte lügen, wenn ich sagte, daß der Respekt vor der parlamentarischen Beredsamkeit gestern in mir gesteigert worden ist. Welch düsteres Bild unserer Volksschulen wurde gestern vor unseren Augen gezeichnet: Proletarierschule, Armenschule, in die nur die Aermsten ihre Kinder hineinschicken, eine Schule, deren Niveau absichtlich niedriger gehalten wird, damit die Ausbeutung und die Herrschaft über die Dummen um so besser erfolgen könne. Ein Brandmal der Schande wurde der Schule aufgedrückt, der Lehrerstand wurde als der Paria unter allen Ständen bezeichnet, die Politik Hungerpolitik genannt.

Wenn ich etwas derartiges in einer Volksversammlung gehört hätte, in der damit gerechnet wird, die Leidenschaften zu entschärfen, so hätte ich mich darüber nicht gewundert. Aber in dem badischen Landtag von einem badischen Volksvertreter ein solches Urteil hören zu müssen in einem Hause, wo die besten Männer unseres Volkes ihre Kraft für die Volksschule eingesetzt haben in den letzten Jahrzehnten, in dem in nicht weit zurückliegender Zeit eine Organisation geschaffen, um die uns die meisten anderen Staaten beneiden, eine Organisation, die auch nur zu einem kleinen Teil durchzuführen unserem Nachbarstaat nicht gelingen will, wo es bei Regierung und Volksvertretung niemals an der wohlwollenden Fürsorge für die Volksschulen gefehlt hat, hier ein solches Urteil hören zu müssen, hat mir als Badener in der Seele weh getan. (Beifall.) Ich habe seit vier Jahren die Ehre, diesem Hause anzugehören. Ich gestehe offen, ich habe seither manche Stunde des Mißbehagens und der Unzufriedenheit gehabt und mich oft dann zurückgelehnt in meine Schule, zu meinen frischen und fröhlichen Pflanzbäumen. So wehe ist es aber mir nie um's Herz gewesen, als gestern unter dem Eindruck, mit dem ich aus der Sitzung weggegangen bin, unter dem Eindruck der Ausführungen über die Volksschule, in der Tag für Tag 300 000 Kinder die Ausrüstung für das Leben empfangen, in der 4000 Männer und Frauen ihre beste Kraft einsetzen und ihr ganzes Wissen und Können aufwenden, um unser Volk mit der Ausrüstung zu versehen, deren es bedarf für das Leben. Mit welcher Begeisterung mögen diese Männer und Frauen künftig mitwirken an dem Werk, dem der Stempel der Schande aufgedrückt ist! Ich würde als Lehrer mit dem Gefühl der Niedergeschlagenheit in meine Schule gehen, wenn diese vollkommenes wären. Das ist überhaupt keine Volksschule. Ich bin auch der Letzte, der die Mängel verkennen von ihr entworfen worden ist. Ich bin der Letzte, der annehmen würde, daß unsere badischen Schulen etwas würde, unter der unsere Volksschule zu leiden hat. Wir haben uns in dem Bericht Mühe gegeben, auf dem Boden des Erreichbaren die vorhandenen Schäden abzustellen und die Schule den Anforderungen des modernen Lebens anzupassen. Aber dem gestern entworfenen Bild entspricht meines Erachtens unsere Volksschule nicht. Abg. Fehrenbach hat darauf hingewiesen, daß auch aus der jetzigen Volksschule Männer und Frauen genug hervorgegangen sind die ihre einzige Bildung und ihr einziges Wissen der Volksschule verdanken und doch draußen im Leben ihre Pflicht erfüllen, und daß auch in diesem Hause hier

Männer sitzen, vor denen wir den Hut abziehen müssen, obwohl sie nur auf der Volksschule gelehrt haben. Hat denn tatsächlich auch nur in den letzten zwei Jahrzehnten die Gesetzgebung in materieller und ideeller Hinsicht nichts geleistet, wie gesagt wurde? Ist schon vergessen, daß vor 12 Jahren ein Gesetz beschlossen worden ist, von dem der Bericht sagt, daß es einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte des badischen Volksschulwesens bedeute? Ist es schon vergessen, daß damals Volksschullehrer genug als Deputation zu den Abgeordneten kamen, um der Volksvertretung ihren Dank für dieses Gesetz abzustatten. Haben jene Männer nichts davon empfunden, daß die Volksschule den Stempel der Schande trägt? Oder haben sie nichts von der Hungerpolitik gewußt, von der hier die Rede war? Ich will nicht von besonderer Bedeutung dieses Gesetzes sprechen, der Staat hat mit demselben nur seine Pflicht getan. Man darf nicht in der Weise Kritik üben; denn diese ist ungerecht, weil ihr das Wohlwollen fehlt. Der eine oder andere, der solche Reden hört, wird dem Redner den Lorbeer reichen, aber ich bin überzeugt, daß mancher Lehrer, der solche Expektorationen liest, sagen wird: Gott schütze mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden will ich mich selber schützen.

Es ist dem Berichterstatter eine gewisse Empfindlichkeit vorgeworfen worden gegenüber der Verteidigung der Angriffe, die gegen seine Person erfolgt sind. Ich habe in der Zeit, in der ich im öffentlichen Leben stehe, schon gelernt, daß man Angriffen gegenüber kühl sein muß. Ich bin der Letzte, der das Recht einer sachlichen Kritik an den Ausführungen des Kommissionsberichts bestreitet. Aber wenn mir der Vorwurf gemacht wird, daß mir das Verständnis abgehe für die Lage des Volksschullehrerstandes, daß ich überhaupt kein Interesse habe für die Volksbildung, u. auf dem Standpunkt stehe: was schert mich die Volksschule, es wird fortgeworfen, dann habe ich das Recht, eine solche Kritik als böswillig in aller Schärfe zurückzuweisen.

Der Herr Minister hat in seiner ersten Ausführung mir gegenüber die Behauptung aufgestellt, es befänden sich auf Seite 59 und 63 meines Berichts Ausführungen, die miteinander in Widerspruch ständen. Ich habe noch einmal die kritische Sonde angelegt, kann aber auch jetzt einen derartigen Widerspruch in keiner Weise entdecken. Ich glaube, der Herr Minister hat, weil ich in etwas entschiedener Weise die Forderung betont habe, es möge der Staat mit der Abwälzung der Lasten der Schulreformen auf die Gemeinden sehr vorsichtig und zurückhaltend sein, mich für hinreichend verdächtig erachtet, daß ich die Staatschule auch meinerseits wünsche. Wer die Ausführungen des Berichts liest, der muß doch wohl sagen, daß nur verlangt wird, es mögen, so weit wie angängig, den Gemeinden weitere Schullasten nicht auferlegt werden. Es ist aber ausdrücklich hervorgehoben, es sollen den Gemeinden nach wie vor die sachlichen Lasten bleiben, und nur solchen Gemeinden weitere persönliche Lasten zugemutet werden, die solche zu tragen in der Lage sind. Das wird von der Kommission gewünscht, daß man nicht in Barsch und Bogen für alle Gemeinden die Schullasten in gleicher Weise erhöhen soll. Wenn es schon eine Aufgabe des Gemeindegcharakters der Schule bedeutet, daß der Staat schließlich die persönlichen Lasten auf sich nehme, so hat der Staat selbst diese Verstaatlichung in der früheren Gesetzgebung vorgenommen. Nicht aus finanziellen, sondern aus pädagogischen Gründen trete ich dafür ein, daß die Schule eine Gemeindeganstalt bleiben soll. In der Stadt Mannheim mag vielleicht der Wunsch nach Verstaatlichung bestehen, in Heidelberg, Karlsruhe und Freiburg und anderen Städten wünscht die Stadtverwal-

tung, daß ihr die Schullasten nicht abgenommen werden, weil sie weiß, daß sie sonst alle Rechte an der Volksschule verliert.

Der Abg. Eichhorn hat sich zur Begründung seiner Anschauung auf die Pädagogik berufen und gemeint, die pädagogische Literatur würde für die Verstaatlichung der Schule eintreten. Er hat Comenius genannt. Ich weiß nur, daß dieser für die allgem. Volksschule eine Lanze gebrochen hat, unbekannt ist mir aber, daß er für die Verstaatlichung der Schule eingetreten ist. Die Zeit, in der ein Comenius lebte, die Zeit des dreißigjährigen Krieges, in der er die Welt durchstreifen mußte, weil der konfessionelle Hader ihn von Land zu Land trieb, hat gewiß ihm den Gedanken nicht nahe gelegt, die Volksschule einem solchen Staat anzuvertrauen. Aber das weiß ich, daß ein moderner Pädagoge, Professor Rein, die Staatsform ablehnt (Medner verliest eine Stelle aus dessen Pädagogik.) Im übrigen ist das eine Doktorfrage, deren Lösung wir der Zukunft überlassen wollen. Wenn einmal das Friedensideal verwirklicht ist, wenn die Weltverbrüderung eine Wahrheit geworden ist, und wir die Waffen niederlegen können, die wir heute zu tragen haben, dann möchte vielleicht auch die Zeit gekommen sein, in der wir dieser Frage näher treten. Wir werden sie nicht mehr lösen. Ob wir in der Lage wären, wenn wir auf die Rüstungen verzichteten, überhaupt die Aufwendungen zu machen, die unsere Schulen erfordern, diese Frage wäre erst ernster Erwägung wert. Es ist im Zusammenhang damit von der Einheitschule gesprochen worden, das heißt einer Schule, die alle Kinder eines Volkes eine bestimmte Zeit besuchen müssen. Eine solche Einrichtung ist in verschiedenen anderen Staaten getroffen, in Zürich, in Basel, auch in Oesterreich und anderen Ländern. Was den Besuch der Schule durch alle Kinder betrifft, so ist hier zunächst die Frage zu erwägen, soll jeder Privatunterricht und jede Privatlehranstalt verboten und zum Unterrichtszwang noch der Schulzwang eingeführt werden? Ich stehe nicht auf dem Standpunkt des Schulzwanges. Wir haben nach meinem Dafürhalten schon genug und übergenug Zwang, sodaß wir auf diesem Gebiet ein gewisses Maß von Freiheit lassen müssen. (Abg. Eichhorn: Freiheit für die Besitzenden!) Es scheint mir nicht das Ideal, daß die Eltern ein Verfügungsrecht über ihre Kinder und den Unterricht überhaupt nicht mehr haben sollen. Sonst wollen wir den Eltern die Kinder überhaupt abnehmen, sobald diese auf die Welt kommen, und sie zuerst in Säuglingsanstalten, und dann in anderen staatlichen Anstalten pflegen u. erziehen. Den Unterrichtszwang muß der Staat fördern. Aber der Schulzwang ist ein ganz anderes Ding. Wenn des andern verlangt wird, daß die Kinder aller Stände eine gewisse Zahl von Jahren die Volksschule besuchen sollen, so hat diese Forderung ihre Berechtigung. Ueber die Dauer dieses Unterrichts gehen die Meinungen aber auseinander. Am weitesten gehen diejenigen, die gemeinsamen Unterricht bis zum 14. Jahr verlangen. Ich bin der letzte, der leugnen wollte, daß unsere Kinder etwas zu früh in die Mittelschulen eintreten, und daß es besser wäre, sie würden eine sichere Grundlage im Deutschen und in den Realien mitbringen. (Sehr richtig.) Allein leicht ist das doch auch nicht zu machen. In einem kann ich dem Abg. Fröhlich nicht zustimmen, nämlich, wenn er für die Schulfreundschaften als für das Leben bindend geschwärmt hat. Es macht ja dieses Gefühl für Freundschaft seinem guten Herzen alle Ehre, es mag ja auch da und dort einmal vorkommen, aber die Regel ist es nicht. Es ist mit den Schulfreundschaften wie mit der Liebe, die in den Fliegerjahren ins Herz des Jünglings einzieht. Meistens ist er in diesen Jahren flatterhaft

in der Liebe wie der Freundschaft. Schön wäre es, was Abg. Fröhlich über die soz. Vorzüge ausgeführt hat. Wenn das richtig wäre, daß eine Einheitschule die tiefe Kluft überbrücken könnte, die unser Volk trennt, dann wäre ich der erste, der zu ihrer Einrichtung die Hand böte. Allein dies scheint mir nicht zuzutreffen. Der Unterricht müßte viel länger dauern als 4 bis 6 Jahre. Nur wenn lange Jahre einer neben dem anderen fikt, könnte eine derartige Wirkung erzielt werden. In Wirklichkeit führt das Leben den Mittelschüler vom Volksschüler weg, und die Kluft wird nur größer. Der Kampf um die Einheitschule scheint mir überhaupt nicht notwendig auf badischem Boden ausgefochten werden zu müssen, viel eher auf dem Boden Norddeutschlands. Wir haben lange nicht in dem Maße Ständeschulen, wie es dort der Fall ist. Die norddeutschen Städte sind übersät mit privaten und staatlichen Volksschulen, das sind Ständeschulen. Wir haben ganz wenige. In Heidelberg sitzen die Kinder der verschiedensten Stände nebeneinander in der Schule, ebenso in Freiburg und anderen Städten. Nur in Karlsruhe und Mannheim ist eine Differenzierung der Volksschulen eingetreten. Dazu scheinen mir nicht Ständesinteressen beigetragen zu haben, sondern gerade solche Erfahrungen, vor denen Abg. Eichhorn gesprochen hat, daß nämlich diese Säulen sehr hohe Anforderungen stellen und sich das Bedürfnis nach reicherer Gliederung der Schule gezeigt hat. Darin gebe ich dem Abg. Eichhorn Recht, man müßte die Möglichkeit geben, daß jedes Kind diese Schule besuchen kann, ohne daß der Geldbeutel des Vaters zu sehr angegriffen wird. — Die Beseitigung des Religionsunterrichts ist eine alte Forderung. Abg. Fröhlich sprach von einem interkonfessionellen staatlichen Unterricht auf Grund der biblischen Geschichte; der in Zürich eingeführt sei. Ob unsere Konfessionen sich darauf einließen, scheint mir fraglich. Es wäre ja sehr wünschenswert und auch möglich, denn die biblische Geschichte ist ein gemeinsamer Boden, auf den Katholik und Protestant treten können. Ich will die Beseitigung des Religionsunterrichts hier nicht näher erörtern. Diese Frage werden wir nicht heute und morgen, auch in absehbarer Zeit nicht lösen. Es handelt sich nicht, wie Abg. Eichhorn meint, dabei darum, ein Recht der „Geschorenen u. Geschietten“ zu verteidigen. Die Kirche könnte den Religionsunterricht auch außerhalb der Schule geben; aber hier handelt es sich um ein Recht der Schüler und Eltern, das wir nicht angetastet wissen wollen. Den Eltern muß das Recht gegeben werden, zu verlangen, daß der Unterricht ihrer Kinder sich auf religiöser Grundlage aufbaut; und wo konfessionslose Schulen errichtet worden sind, auch konfessionelle zuzulassen. Wenn aber Staatschule und Kirchenschule nebeneinander in Konkurrenz treten, wollen wir einmal sehen, wer den Sieg davon trägt. Ich möchte den Herren von der Sozialdemokratie raten, die Forderung der Entfernung des Religionsunterrichts in der Schule fallen zu lassen. Mehr als alles andere würde meines Erachtens ihnen nachteilig sein, wenn die Meinung entstände, es könnte dadurch das höchste Ideal unseres Volkes geschädigt werden, ein Ideal, dessen Festhalten ihm die Kraft gibt, Leid und Not des Lebens zu tragen, und den Kampf ums Dasein zu führen, der für die Bevölkerung draußen oft viel schwerer ist als für die Industriearbeiter. Abg. Eichhorn hat gemeint, unser Religionsunterricht werde dazu mißbraucht, knechtische Gesinnung zu erwecken. Er hat aus einem mir unbekanntem Buch zitiert. Ich zitiere dagegen aus unserem bekannten evangelischen Katechismus Sprüche, die zeigen, daß auch den Herrn Pflichten gegen ihre Untergebenen ins Herz gelegt werden. Wenn Sie unseren Religionsunterricht kritisieren wollen, dann dürfen sie nicht

irgend welche Bücher aus Sachsen zur Grundlage nehmen, sondern die badischen Bücher, wenn die Kritik eine Berechtigung haben soll. Darin gebe ich den Abgg. Eichhorn und Fröhlich Recht, es wird meines Erachtens zu viel memoriert in unserer Schule.

Wenn es auch keine tausend Sprüche sind, so ist es doch noch Memorierstoff genug, u. ich hoffe, daß die nächste Generalsynode in der Lage ist, hier bessernde Hand anzulegen. Ich gebe auch darin dem Kollegen Fröhlich Recht, daß es ein schreiendes Unrecht ist, wenn im Religionsunterricht des Lernens wegen der Stock in die Hand genommen wird. (Zustimmung.) Einem solchen Pädagogen gehört der Stock aus der Hand genommen. Ein Unterricht, der das Innere des Kindes erfassen soll, darf nicht durch Prügel geschändet werden. Die von dem Abg. Fröhlich mitgeteilten Zahlen scheinen mir allerdings übertrieben zu sein. Ich habe jeweils den Herren, die ich für den geistlichen Beruf mitvorbereite, gesagt, daß derjenige seinen Religionslehrerberuf verfehlt, der im Religionsunterricht Kinder mißhandelt.

In diesem Zusammenhang ein kurzes Wort über den § 49 der Schulordnung. Es ist richtig, er hat auch in evangelischen Kreisen Aufsehen und große Erbitterung hervorgerufen, so daß es da und dort sogar die großen Ausschreitungen kam. Vielleicht trägt mit die Schuld daran nicht nur der Umstand, daß die Oberschulbehörde diesen Paragraphen erlassen hat, sondern vor allem die Zeit, in der er erlassen wurde. Wären nicht die §§ 38 und 49 der Schulordnung zu gleicher Zeit erlassen worden, so wären solche Erscheinungen nicht zutage getreten. Ich gebe der Unterrichtsverwaltung darin Recht, daß sie bei dem knappen Unterrichtsrahmen alle Veranlassung hat, dafür zu sorgen, daß nicht eine Stunde wegfällt. Auf der andern Seite wird sie aber den Anschauungen u. den Gebräuchen der Bevölkerung entgegen kommen und ihnen Rechnung tragen müssen. Der evangelische Oberkirchenrat hat es durch einen Erlaß als wünschenswert bezeichnet, daß die Pfarrämter darauf hinwirken möchten, daß das Leidenfingen abgestellt werde, und daß während der Unterrichtszeit möglich Kasualien nicht vorgenommen werden. Auf katholischer Seite ist dies schwerer durchzuführen. Aber bei gegenseitigem Entgegenkommen von Geistlichen und Lehrern wird es möglich sein, einen modus vivendi zu finden.

Ueber den quantitativen und qualitativen Lehrermangel will ich nicht mehr reden u. mich auf eines beschränken. Wenn es richtig wäre, daß die Bezahlung allein den Zugang zum Lehrerberuf sichert, so könnte ich ein Bedauern darüber nicht unterdrücken. Ich habe bisher immer gemeint, daß der Lehrer als Pädagoge ein Künstler, dem das schönste und höchste Kunstwerk, das Kind zur Erziehung anvertraut sei. (Gelächter.) In der Berufswahl kann darum nicht bloß die Bezahlung ausschlaggebend sein, es muß vielmehr wie beim Künstler ausschlaggebend sein die innere Bestimmung, Lust und Liebe zum Lehrerberuf. Fehlt sie, so wird der Lehrer zum Handwerker, nicht zum Erzieher. Gewiß, wenn die Lehrer ihre Berufsarbeit mit Freude erfüllen sollen, so muß man ihnen eine materielle Existenz sichern, die sie vor den drohenden Sorgen bewahrt. Aber die Gehaltsverhältnisse können für die Berufswahl nicht ausschlaggebend sein. Ob alle 4000 Lehrer, wenn man ihnen die Frage nach dem qualitativen Lehrermangel vorlegen würde, mit Ja antworteten, möchte ich bezweifeln. Kollegial wäre es jedenfalls nicht, wenn der eine oder andere dächte: Ich falle nicht darunter, aber mein Nachbar. (Weiterkeit.) Gewiß, es gibt Leute, die an Qualifikation manches übrig lassen, auch im Lehrerberuf, aber nicht infolge ihrer Vorbildung, sondern weil nicht die entsprechende Charakterbildung, die Berufs-

tüchtigkeit, das Pflichtbewußtsein, vorhanden ist, die wir von einem Bildner des Volkes verlangen müssen. Solche Leute gibt es aber in jedem Beruf, in unserm Beruf, aber auch in dem Beruf des Kollegen Fröhlich, im Beruf der Rechtsanwälte. Zur Abstellung des Lehrermangels wird die Besserstellung in der Bezahlung wesentlich beitragen. Es muß aber auch Ernst damit gemacht werden, neue Bildungsanstalten ins Leben zu rufen. Seit 1875 ist wohl die Zahl der Lehrer gestiegen, neue Bildungsanstalten sind aber nicht geschaffen worden. Man hat seinerzeit einen großen Fehler begangen, als man diese Anstalten örtlich so nahe legte, daß drei Seminare fast zusammen liegen, während das vierte am südl. Ende des badischen Landes errichtet worden ist, dagegen die anderen Landes- teile als Aufnahmebezirke unbedacht blieben. Hier rasch und mit tauglichen Mitteln vorzugehen, ist dringende Notwendigkeit. Wir haben nun aber die dankenswerte Erklärung der Großh. Regierung, daß ein Schritt vorwärts gemacht werden soll; es wird ein Seminar in Freiburg errichtet, ein weiteres alsdann im Unterland ins Leben gerufen werden. In diesem Zusammenhang möchte ich namens der Kommission noch besonders der Großh. Regierung den Wunsch aussprechen, daß, wenn ihre eigenen Techniker nicht genügen, um ein solches Werk rasch zu schaffen, sie Leute beiziehen möge, die rascher und wohl auch mitunter billiger das Werk erstellen können als die staatlichen Techniker. (Abg. Fröhlich: Sehr richtig!) Gerade die Erfahrungen mit dem Freiburger Seminar muß die Frage näher legen, ob man künftig die Seminare nicht auch durch private Architekten bauen lassen sollte.

Zur Gehaltsregulierung mir noch ein kurzes Wort. Die Kommission hat sich zuletzt auf dem Antrag vereinigt, daß auf dem nächsten Landtag die Gehaltsregulierung vorgenommen werden soll, daß die Lehrer in den Gehaltstarif eingereiht und nicht unter G 5 gebracht werden sollen. Der Abg. Heimbürger hat mir nun heute vorgehalten, es sei merkwürdig, daß wir vor dem „unannehmbar“ der Großh. Regierung zurückweichen. (Abg. Fröhlich: Sehr richtig!) Wir befinden uns in dieser Hinsicht in der Gesellschaft des Abg. Fröhlich, der selbst vor dem „unannehmbar“ zurückgegangen ist, insofern er uns den Antrag unterbreitet, daß die Durchführung auf den 1. Januar 1906 erfolgen soll, was auch die Kommission will. Ich habe in den bisherigen Erörterungen immer das eine vermifft, wie das „unannehmbar“ in ein „annehmbar“ verwandelt werden kann. (Zuruf: Durch Ablehnung der Steuererhöhung! Große Heiterkeit.) Das werden Sie uns nicht zumuten, daß wir zu einer derartigen Wette greifen gegen die Großh. Regierung, die pflichtgemäß und nach bestem Wissen und Gewissen handelt. Wir wollen nicht, daß andere unschuldig büßen, weil die Großh. Regierung nur nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung entscheidet. Ich kann Sie deshalb nur bitten, bleiben Sie auf dem Boden der Kommission. Das ist nach meinem Dafürhalten der einzige Weg, der zum Ziele führt, das wir alle wollen, nämlich die Herbeiführung einer wohlwollenden Gehaltsregulierung. Gegen den Eventualantrag haben meine politischen Freunde nichts einzuwenden. Die Kommission hat die Frage, ob in Ziffer I 3 eine diesbezügliche Bemerkung aufzunehmen sei, erwogen. Die Kommission hat dies aber nicht für notwendig gehalten, da auf S. 34 des Berichts ein diesbezüglicher Wunsch der Kommission zum Ausdruck gekommen.

Ich komme damit zum Schluß. Sie wissen alle, meine Herren, daß das Wohl u. Wehe einer Gemeinde insbesondere von 3 Männern abhängig ist, dem Bürgermeister, dem Geistlichen u. dem Lehrer. Wehe einer Gemeinde, wenn ein harmonisches Zusammenwirken dieser Männer nicht stattfindet, wenn sie in treuer Pflichterfüllung nicht

das leisten, was das Interesse einer Gemeinde von ihnen verlangt. Was der Bürgermeister einer Gemeinde schadet, was auch ein Geistlicher verfehlt, das läßt sich nach meiner Beobachtung in einiger Zeit wieder gut machen, was aber ein Lehrer in einer Gemeinde verümt, das wirkt nach auf längere Zeiten und auf Generationen. Ein schlechter Lehrer ist ein Verderben, ein guter Lehrer ein Segen, für den eine Gemeinde nicht dankbar genug sein kann.

Mit einer geschichtlichen Reminiszenz hat der Abg. Fröhlich seine gestrige Rede geschlossen. Ich möchte auch meine Rede mit einer solchen, aber freundlicher Art schließen. Es sind in zwei Jahren hundert Jahre, daß unser Badner Land diejenige geographische und politische Gestaltung erhalten hat, deren es sich heute erfreut. Aus verschiedenartigen Teilen wurde es zusammengeleitet, aus Teilen, in denen auch die Volksschule verschieden gestaltet war. Es wird ein Ruhmestitel bleiben für die badische Regierung, daß es ihr gelungen ist, aus diesem mannigfaltigen Staatswesen in verhältnismäßig kurzer Zeit ein einheitliches zu gestalten und die trennenden Hindernisse zu beseitigen. Es wird ein Ruhmestitel der Regierung und der Volksvertretung sein, daß sie vom ersten Tage der Gründung des Großherzogtums an die Volksschule als eine der wesentlichsten Aufgaben des Staates erkannt hat. Mit dem Wunsche möchte ich schließen, daß, wenn wir in zwei Jahren das hundertjährige Jubiläum der Gründung unseres Staatswesens feiern, dieses Jubiläum in seiner Geschichte verzeichnet, daß die badische Volksschule, das teuerste Kleinod des Landes, dank des Verständnisses und der Fürsorge der Regierung und der Mitwirkung dieses Hauses einen erheblichen Fortschritt erfahren hat. Das wird eine Jubiläumsgabe sein, wie sie schöner und wirksamer unserem Volke nicht beschert werden kann.

In seinem Schlußwort bemerkt

Abg. Obkircher: Nach den nach Form und Inhalt vortrefflichen Ausführungen des Kollegen Rohrbach könnte ich mich darauf beschränken, einfach zu erklären, daß ich mich diesen Ausführungen anschließe. Es würden manche Gründe dafür sprechen, aber ich habe die Erfahrung gemacht, daß aus dem Schweigen noch nach Jahren Schlüsse gezogen werden, die nicht richtig und nachteilig für denjenigen sind, der geschwiegen hat, und oftmals für die Sache, die er vertritt. Wenn ich die Verhandlungen überblicke, so muß ich sagen, wir sind in unseren Verhandlungen den hohen Anforderungen, die an uns gestellt worden sind und gestellt werden durften, voll gerecht worden, wir sind auf der Höhe des Gegenstandes gestanden, über den wir zu sprechen hatten. (Abg. Fröhlich: Sehr richtig!) Einiges freilich von dem, was gesprochen worden ist, möchte ich von diesem Gesamturteil ausnehmen. Mit einer Gründlichkeit ist das Thema behandelt worden, wie es selten erörtert worden ist; aber es ist schon vorhin gesagt worden, die Gründlichkeit wird nicht allein herbeigeführt durch lange Reden, und wenn wir schließlich dazu kommen mußten, einer ganzen Anzahl von Herren, die sich aus guten Gründen zum Wort gemeldet hatten, das Wort abzuschneiden, so liegt der Grund darin, daß einige Herren die erforderliche Bescheidenheit und diejenige Rücksicht haben vermissen lassen, die man seinem Nebenmenschen auch in der politischen Arbeit schuldig ist. (Zustimmung.) Ich nehme davon auch nicht diejenigen aus, die sich als Propheten und Reformatoren fühlen. Es wird nun in den kommenden Tagen und Wochen in gewissen Preßorganen über die Tatsache, daß wir den Schluß der Debatte nach einer vierten langen Sitzung herbeigeführt haben, mancher Vorwurf gegen uns erhoben werden. (Abg. Fröhlich: Ich glaube nicht!) Der Abg. Fröhlich ist auch jetzt wieder ein Prophet, aber es gilt auch hier das Wort, daß der Prophet nichts in seinem Vaterlande gilt, nämlich in diesem Hause. Wir haben in der langen Debatte unsere Pflicht erfüllt allen Beteiligten gegenüber, die ein berechtigtes Interesse an der Verbesserung der Volksschule haben. Ich rechne dazu nicht bloß die Lehrer, sondern die Gesamtheit unseres Volkes, nicht bloß diejenigen, die ihre Kinder in die Volksschule schicken müssen, sondern auch diejenigen, die in der Lage sind, ihren Kindern eine bessere Bildung zuteil werden zu lassen, ich rechne hierzu auch die Gemeinden, den Staat, die Behörden, die Großh. Regierung und alle die, welche mit der Schulverwaltung befaßt sind. Wenn wir unsere Pflichten in dieser Richtung erfüllt haben, so sind wir auch verpflichtet, jene andern Pflichten zu erfüllen, die nicht minder wichtig sind, nämlich unsere Geschäfte endlich zu Ende zu bringen. Diese Pflicht legt uns nicht nur die Rücksicht auf uns selbst, sondern auch die Pflicht gegenüber unserer Familie auf, denn in dieser Weise kann es nicht weiter gehen. Wir können nicht über Mitte Juli hinaus hier sitzen; wir sind unserer Gesundheit und unserer Familie anderes schuldig. Es ist vorhin schon vom Abg. Stiefler ausgesprochen worden, daß noch ein anderes von dieser Frage abhängt, nämlich das Ansehen der parlamentarischen Vertretung unseres Volkes und das Ansehen der konstitutionellen Verfassung überhaupt. Deshalb habe ich es begrüßt, daß wir nicht durch Majoritätsbeschluß zum Schluß gekommen sind, sondern daß es möglich war, durch einmütigen Beschluß dies zu erreichen.

Es haben einige Herren geklagt, daß sie persönlichen Verunglimpfungen ausgesetzt waren. Der Abg. Eichhorn hat sogar gemeint, gegen niemand anders werde so viel gehetzt als gegen die Sozialdemokraten. Ich habe hier den „Volkfreund“ Nr. 137 vom 15. Juni 1904 überschrieben: „Die Gegner der Verfassungsreform in der Ersten Kammer“. Es heißt dort, die Herren Buhl und Sander seien Gegner der Verfassungsreform. Ob Herr Buhl Mitglied der nationalliberalen Partei ist, weiß ich nicht. Dann wird gesagt: „Die nationalliberale Partei ist in keiner einzigen Frage mehr zuverlässig. In ihren Kreisen sitzen Scharfmacher, Staatsstreiklisterne, Wahlrechtsfeinde, Schulverächter, kurzum, der ganze reaktionäre Klumpackel neben sehr wenigen „Freunden fortschrittlicher Reformen“ in halber Eintracht beisammen.“ Es hat nun jeder in meiner Partei die Wahl, welches dieser epitheta ornantia er für sich in Anspruch nehmen will. So viel ich meine Freunde kenne, treffen sie auf keinen zu, und auch auf mich nicht. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich rede mit dem „Volkfreund“ und mit den hinter ihm Stehenden. Auf die Zurufe des Abg. Süßkind gebe ich nichts und antworte ich nicht. Er hat die Gewohnheit, immer dazwischen zu rufen. Seit er in diesem hohen Hause ist, ist die Gewohnheit der Zwischenrufe in dieser Weise und in diesem Tone in das Haus hineingekommen. Er mag dies mit seinen Mannheimern Wählern ausmachen.

Ein anderes Organ, der „Badische Landesbote“, hat die Liebenswürdigkeit, sich speziell mit meiner Person zu befassen. Er spricht zunächst in schmeichelhaften Worten von mir: „Der Berichterstatter Obkircher war damals bei der Mittelschuldebatte ernst, er bewegte sich in großen Gesichtspunkten, und er wies in seiner bekannten scharfen Weise auf die Gefahren hin, die seitens des Zentrums der Simultanschule drohen, dem legitimen Kinde des Nationalliberalismus“. Wir nehmen diese Anerkennung der Verdienste unserer Vorfahren gern und dankbar entgegen. Dann heißt es aber weiter: „O jerum, jerum, jerum, o quae mutatio rerum! Abg. Obkircher, den die Jungliberalen in Offenburg zu ihrem Chef wider Willen er-

klärten — es ist mir inzwischen nichts zugekommen — berichtete gestern von neuem über das Volksschulwesen, aber so rein kommissionsberichterstattend, daß selbst Wader seine Freude daran gehabt hätte. Ich habe ja auf dem Gebiet der Kritik über meine Tätigkeit schon manches erlebt. Insbesondere Herr Wader hatte manches an mir auszusagen; ob er mich aber jetzt loben würde, ist mir sehr zweifelhaft, um so zweifelhafter, als man im „Badischen Beobachter“ unter der Ueberschrift „Der Abg. Obkircher über das direkte und indirekte Wahlverfahren“ lesen kann, daß er in anderer Beziehung keineswegs mit mir einverstanden ist. Der Artikel hat am Eingange ein Fragezeichen. Vielleicht meint der Verfasser selbst, daß sein Artikel ein fragwürdiges Nachwerk sei. Was ist auf eine derartige Angriffsweise zu sagen? Ein Mann, der vor einigen Wochen aus eigener Schuld unter meinen Wagen gekommen ist, der hat sich in der letzten Zeit wieder erholt und läuft nun schimpfend hinter meinem Wagen her. Ich rufe ihm zu, schimpfe ruhig fort, mich berühren deine Anrempelungen in keiner Weise, aber gib ja acht, daß du den Schmutz, den du dir bei deinem Sturz geholt hast, von deinem Gewande wieder abschütteln kannst. Wenn ich es als Berichterstatter allen recht machen wollte, diese Kunst brächte ich nicht fertig, und wenn ich der größte Künstler wäre.

Das Ergebnis der Debatte ist zunächst die allgemeine Anerkennung der Tatsache, daß unsere Volksschulen sehr verbesserungsbedürftig sind. Wenn die Herren Gennig und Fehrenbach gesagt haben, ich hätte anerkannt, daß unsere Schulen jetzt schlechter seien als vor 30 Jahren, so beruht dies auf einem Mißverständnis. Ich habe gesagt, sie sind relativ schlechter; namentlich im Verhältnis zu dem, was inzwischen andere Staaten geleistet haben, und was die Entwicklung unseres Erwerbslebens und die Ansprüche der heutigen Zeit fordern. Es ist dann aber auch von der Regierung der Lehrermangel zugegeben und die Notwendigkeit einer erheblichen materiellen Besserstellung der Lehrer anerkannt worden. Die Regierung und wir sind darin in der Hauptsache einig. Es wäre aber besser gewesen, wenn die Regierung schon von sich aus auf diesem Landtag eine wesentliche Besserung herbeigeführt hätte. Dies ist nicht geschehen. Die Kommission hat deshalb ihre gründliche Arbeit geleistet, und wir müssen uns damit begnügen, daß wir auf dem nächsten Landtag eine Vorlage zu erwarten haben. Insbesondere muß die materielle Besserung mit aller Entschiedenheit auf 1. Januar 1906 gewünscht werden. Die Bedenken des Herrn Ministers gegen die Einreihung in den Gehaltstarif sind mir nicht verständlich geworden. Ich könnte mir auch keine triftigen Gründe gegen eine solche Maßnahme denken. Wir wünschen, daß die Einreihung nicht unter G 5 erfolgt und sind deshalb bereit, dem dritten Eventualantrag Fröhhauf zuzustimmen.

Auf das Universitätsstudium der Lehrer will ich nicht näher eingehen, sondern nur berichtigen, was Abg. Fröhhauf gegen Wildens gesagt hat. Er hat gesagt, er habe sich vor zwei Jahren für das Universitätsstudium der Lehrer ausgesprochen, Wildens habe dies aber als Utopie erklärt. Ich habe nun nachgesehen, und finde folgenden Resultat:

„Als ich diesen Punkt am 5. Mai hier berührte, habe ich ausdrücklich betont, wir seien auf dieser Seite des Hauses durchaus der Meinung, daß die Lehrerbildung auf ein höheres Niveau gehoben werden solle als das jetzige. Ich habe es damals aber allerdings für eine Uebertreibung erklärt, wenn die Forderung aufgestellt werde, daß alle Volksschullehrer akademische Vorbildung haben müßten; dieser Ansicht bin ich noch jetzt, und ich bin der Ueberzeugung, daß dieselbe von vielen im Hause

und im Lande geteilt wird. Ich habe aber nicht das geringste dagegen, daß unsere Universitäten auch den Volksschullehrern den Besuch der akademischen Vorlesungen ermöglichen. Der Herr Kollege Weggoldt hat schon hervorgehoben, daß das jetzt schon geschieht, wenigstens von Heidelberg ist mir das bekannt. Ich bin auch ganz damit einverstanden, daß unsere neuen Schullehrerseminare in unsere Hochschulstädte mit ihrer anregenden geistigen Atmosphäre und ihrer reichen Bildungsgelegenheit gebracht werden. (Abg. Fröhhauf: Bravo!)“

Also völlige Uebereinstimmung der beiden Herren und am Schluß ein Bravo des Abg. Fröhhauf. Gestern aber sagte Abg. Fröhhauf, er müsse konstatieren, daß Wildens seinerzeit seine Ansicht für eine Utopie erklärt habe. Er kläre mir ob Vermeidung dieses Rätsels der Natur!

Es ist ferner viel davon die Rede gewesen, ob die Mißstände in der Volksschule aus früheren Zeiten herrühren oder neueren Datums sind. Es kann kein Zweifel sein, daß seit dem Amtsantritt des jetzigen Herrn Ministers manches recht Erhebliche geschehen ist, insbesondere für die Mittelschulen; dort ist den Anregungen des Hauses in allen Teilen Rechnung getragen worden. Außerdem ist erfreulicherweise dem einstimmigen Votum des Hauses für eine Realschule in Neustadt neuerdings bereitwilligt entsprochen worden, obgleich ursprünglich Bedenken dagegen vorlagen. Dies berechtigt uns zu dem Gesamturteil, daß der Herr Minister das eifrigste Bestreben an den Tag gelegt hat, sein Möglichstes zu tun. Wenn er sich verpflichtet fühlte, wiederholt auf die Finanzlage hinzuweisen, so lag dies in der Rolle, die einem Einzelminister im Rahmen einer Gesamtregierung zukommt. Ein Minister kann nicht alles für sein Ressort in Anspruch nehmen. Es muß alles durch Vereinbarung mit den anderen Ministern, insbesondere mit dem Herrn Finanzminister, festgesetzt werden. Wenn wir daran denken, daß wir im Laufe dieses Landtages leider unseren trefflichen Finanzminister Buchenberger verloren haben, so können wir es nicht unbillig finden, wenn jetzt Zeit verlangt worden ist zum genauen Studium der Frage, wie weit gegangen werden kann zur Verbesserung der Volksschule. Wir dürfen aber hoffen, daß dem nächsten Landtag ein Entwurf mit erheblicher Verbesserung vorgelegt wird. Damit müssen wir uns zunächst begnügen.

Wenn gesagt worden ist, die Einheitschule bringe keinen unberechtigten Zwang mit sich, so ist dem entgegenzuhalten, der Schulzwang geht von dem Gedanken aus, daß eine Mindestbildung erzwungen werden muß. Aber das schönste Vorrecht der Eltern, die besser situiert sind, den Kindern eine weitergehende Erziehung zuteil werden zu lassen, sollte ihnen doch niemand rauben wollen.

Den Religionsunterricht halte ich für einen Kulturfaktor von größter Bedeutung, der in den Rahmen unserer Volksschule hineingehört. Ob die Art und Weise, wie der Unterricht erteilt wird, die richtige ist, vermag ich nicht zu übersehen. Aber ich habe es an meinen eigenen Kindern erfahren, daß zu viel auswendig gelernt wird, und daß Dinge gelernt werden, die die Kinder nicht verstehen können. Eine Reform auf diesem Gebiet würde gewiß von allen Eltern freudig begrüßt werden. Man spricht in diesem Zusammenhang nur von den beiden christlichen Konfessionen, denkt dabei zwar außerdem noch an die israelitische Religionsgemeinschaft, nicht aber auch an die anderen Religionsgemeinschaften, die doch auch für sich das Recht in Anspruch nehmen dürfen, wenn sie ihrerseits die Unterrichtskräfte stellen, Religionsunterricht in der Volksschule zu erteilen. Auch dem sollte Rechnung getragen werden. (Abg. Fehrenbach: Selbstverständlich!)

Noch ein Wort über die gemischten Schulen. Der „Badische Landesbote“ hat getadelt, daß ich in meinem

einleitenden Vortrag als Berichterstatter nicht auf diese Frage eingegangen bin. Ich habe mich aber bei der Mittelschuldebatte ausführlich darauf eingelassen, und ich nehme es als mein Verdienst in Anspruch, daß wir damals die eingehende Erklärung des Kollegen Zehnter gehört haben, und auch heute wiederum haben wir dieselbe Erklärung von Zehnbach gehört, die mich besonders erfreut hat. Es darf also festgestellt werden, daß das badische Zentrum — ob gern oder ungern, kann hier dahingestellt bleiben — auf dem Boden der gemischten Schule steht. Die Einschränkung des Abg. Zehnbach erregt zwar noch gewisse Bedenken. Das veranlaßt mich zu der Bemerkung, daß wir unter keinen Umständen dafür zu haben sind, daß vom System der Simultanschule wieder abgegangen wird. Man hat auch davon gesprochen, es sei bedenklich, daß die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses eine andere Stellung zur Simultanschule eingenommen habe. Auch ich bedaure das. Aber man kann doch derartige Verhältnisse nur auf dem Boden, auf dem sie ruhen, beurteilen. Wir kennen die Gründe der nationalliberalen Partei des preussischen Abgeordnetenhauses nicht vollkommen in allen ihren Teilen, und wir können sie deshalb auch nicht vollkommen beurteilen. Nur das eine muß ich sagen: es ist bedauerlich, daß die in Preußen bestehenden Verhältnisse die Fraktion überhaupt zu einer derartigen Stellungnahme veranlaßt haben. In Offenburg hat vor einigen Tagen der Landesverband der badischen jungliberalen Vereine einen Vertretertag zwecks Stellungnahme zu dieser Frage veranstaltet und in scharfer Weise einen Tadel nach Berlin hingeschickt. Es ist Geschmackssache, ob man das machen will oder nicht. Meine Auffassung ist die, daß keine Parteiorganisation in unserem Lande den Beruf hat, ein derartiges Tadelsvotum zu erteilen und hinauszuschicken. Ich komme aber gern auf die Sache zurück, weil in Offenburg ein Wort gesprochen wurde, das mich persönlich berührt. Man hat von einem Gegensatz zweier Richtungen in der badischen nationalliberalen Partei — hie Wildens auf der einen, hie Obkircher auf der andern Seite — gesprochen. Es ist nicht unnötig, vielleicht sogar vielen erwünscht, jedenfalls halte ich es für dringend geboten, hier frank und offen auszusprechen: ein derartiger Gegensatz besteht nicht. Ich habe in allem, was ich bisher hier vertreten habe, konform mit den Anschauungen meines Freundes Wildens gehandelt und auch gesprochen. Wenn der Ausdruck verschieden war, wer wollte dieses verübeln? Es kommt doch schließlich nur auf die Sache an! Wenn ich vielleicht „jungliberal“ rede, so liegt das an meinem Temperament, und das Temperament ist der beste Teil des Menschen, ihn soll er nicht unterdrücken. (Abg. Süßkind: Deswegen vorhin die Anrempelung nach meiner Seite! Stürmische Heiterkeit!) Das soll keine Entschuldigung für Ihr Auftreten sein, zum Teil allerdings ist Ihr Auftreten aus Ihrem lebhaften südlichen Temperament zu erklären. (Erneute stürmische Heiterkeit.) Aber dort fehlt es noch an etwas anderem, was bei mir nicht fehlt. (Große Heiterkeit. Zuruf: Eigenlob!)

Ich komme nun noch zu dem Antrag Zhrig, der bezweckt, die Gnadengaben für die Hinterbliebenen von Hauptlehrern von 45 000 auf 60 000 M. zu erhöhen. Wir sind der Meinung, daß, wenn ein Bedürfnis besteht, über die angeforderte Summe hinauszugehen, dem Rechnung getragen werden soll, daß die Regierung in solchen Fällen keinen Tadel zu befürchten braucht, ja daß die Summe sogar durch uns für überschreitbar erklärt werden könnte. Sie jetzt noch zu erhöhen, scheint mir dagegen im jetzigen Augenblick nicht nötig. Der Abg. Zhrig hat ja seinen Antrag begründet mit der rührenden Darstellung der

Verhältnisse zweier Lehrerswitwen. Mit Recht wurde ihm schon von anderer Seite erwidert, man könne aus solchen Einzelfällen einen Schluß auf das Gesamtbefinden der Klasse nicht ziehen, kein Gesamtbild gewinnen. Aber wenn die Verhältnisse auch nur in Einzelfällen wirklich so schlimm geworden sind, so beklagen wir zwar dies, sie werden aber zurückzuführen sein auf Unglücksfälle, die in jeder Familie vorkommen, auch in Familien der Erwerbstätigen aller Art, auch aller Beamtenklassen von A bis K. (Zurufe: Sehr richtig!) Gegen derartige Unglücksfälle kann der Staat aus ordentlichen Mitteln nicht eingreifen. Abg. Frühau: 300 M. Pension, braucht man da noch Unglück? Das genügt! Der Betrag ist gering, mit dem eine Lehrerswitwe nicht leben kann, aber sie wird sich in vielen Fällen, namentlich wenn sie jung ist, eben in anderer Weise helfen müssen, wie die Witwen anderer Beamten auch. Ich habe nichts dagegen, wenn die Pensionen allgemein erhöht werden. Ein solches Bedürfnis dazu liegt jedenfalls in gleichem Maße für alle Klassen unserer Beamten vor.

Ich komme zum Schluß: Ich glaube, daß die viertägige Debatte, wenn auch nicht in allen Teilen, auf der Höhe gestanden ist. Es sind Uebertreibungen, zum Teil schlimmster Art, vorgekommen. Wir können es nur beklagen, wenn sich eine Stimme erhoben hat, die von den Lehrern als Paria gesprochen und mit Betonung mehrmals mit Pausen erklärt hat: „eine Schande sind die Zustände in unserer Volksschule“. Das ist nicht der Weg, wie wir zu einer Besserung der Verhältnisse kommen. Das schadet nur der Sache, die man für gut hält. Die Großh. Regierung kennt jetzt die Stimmung des Hauses, und wird, wie ich hoffe, ein einmütiges Votum auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse zustande kommen, so ist auf dem nächsten Landtag die Zeit da, wo wir zu Taten übergehen müssen. Es darf die bestimmte Hoffnung ausgesprochen werden, daß die Großh. Regierung die Versprechungen des Herrn Ministers in vollem Umfange erfüllen wird. Wir haben keinen Zweifel an dem guten, an dem besten Willen des Herrn Ministers. Aber, meine Herren, wenn wir zur Erfüllung der Wünsche übergehen wollen, so müssen wir auch die Mittel dazu finden (Zurufe: Sehr richtig!) — sie liegen nicht auf der Straße, wo sie manchmal auch gesucht werden (Heiterkeit) — u. auch zur Verfügung stellen. Die Debatte hat manche unerwünschte Erscheinung gezeitigt, aber doch auch viel Gutes, was zum Segen der Volksschule, die uns allen am Herzen liegt, gereichen möge. (Beifall.)

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält noch das Wort Abg. Süßkind: Ich hatte an und für sich keine Lust, mich zu einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Abg. Obkircher zu melden. Aber die Art und Weise, wie er meine Person angegriffen hat, entspricht nicht den Gepflogenheiten einer gegenseitigen kollegialen Behandlung (Abg. Obkircher: Werken Sie sich das!) Ich verbitte mit ein für alle Mal, daß der Abg. Obkircher mich erziehen will. (Abg. Obkircher: Ich will Sie gar nicht erziehen!) Sie bedürfen der Erziehung viel mehr als ich. Ein Abgeordneter von der Qualität Obkirchers kann mich übrigens nicht beleidigen. Wenn aber der Abg. Obkircher glaubt, mich vor meinen Wählern desavouieren zu müssen, so kann er ja einmal in meinem Wahlkreis ein Tänzchen mit mir wagen. (Abg. Obkircher: Auf dem Boden nicht, auf dem Sie stehen!) Ich habe mir noch keinen Ordnungsruf wegen Beleidigungen von Kollegen geholt, dagegen der Abg. Obkircher wegen mir zugefügter Beleidigungen schon zum zweiten Mal. Das ruft mir ins Gedächtnis zurück, wie ein viel größerer Herr als er ist, der verstorbene Abg. Fieser gegen den

Kollegen Muser vorging. In die Fußstapfen Fiezers sind Sie, Herr Abg. Obkircher, getreten, aber mit Ihrem Talente werden Sie Ihren großen Vorgänger niemals erreichen.

Abg. Eichhorn (zur Geschäftsordnung): Ich habe deswegen begehrt, vor dem Abg. Süßkind zu sprechen, weil ich die Absicht habe, den Antrag auf Wiedereröffnung der Diskussion zu stellen. Ich stelle diesen Antrag hiermit. § 35 Abs. 2 der Geschäftsordnung sagt, daß auf Beschluß des Hauses die Diskussion wieder eröffnet werden kann. Das Schlüsselwort der beiden Berichterstatter war kein Schlüsselwort, so wie ich das Schlüsselwort verstehe, denn es sind darin sowohl vonseiten des Abg. Rohrhurst als auch vonseiten des Abg. Obkircher polemische Angriffe auf andere Parteien, Unterstellungen und persönliche Angelegenheiten vorgetragen worden. So hat der Abg. Rohrhurst uns durchaus ungerechtfertigte Unterstellungen hinsichtlich unserer Stellung zur Religion gemacht, und der Abg. Obkircher hat sich u. a. mit den Jungliberalen auseinandergesetzt, den Abg. Wildens verteidigt, die Stellung der preussischen Nationalliberalen zur konfessionellen Schule besprochen usw. Das alles hat aber mit dem Volksschulbudget nichts zu tun. Wir wollen niemandem die Redefreiheit beschneiden, aber das Schlüsselwort darf nicht dazu da sein, einer Partei gewissermaßen das letzte Wort in der Debatte zu sichern. Um so weniger ist dieses Verhalten vom Abg. Obkircher zu verstehen, als er vor zwei Jahren schon so verfuhr, weshalb der frühere Abg. Wacker einen ähnlichen Antrag gegen ihn stellte. Heute wiederholt er jene unzulässige Gepflogenheit und das im gleichen Augenblick, wo er uns den Vorwurf der Unbescheidenheit in bezug auf die Ausnützung der Redefreiheit macht. Ich erwarte, daß Sie aus Gerechtigkeitsgefühl meinen Antrag annehmen.

Abg. Benedy: Ich schließe mich dem Antrag des Abg. Eichhorn an, denn ich bin ebenfalls der Meinung, daß die letzten Redner ihre Reden nicht als Berichterstatter, sondern ausgesprochene Parteireden gehalten haben. Die Annahme des Antrages würde vielleicht eine gute pädagogische Wirkung gegen derartige Vorkommnisse haben.

Abg. Fehrenbach: Wenn man ganz objektiv die Frage würdigt, so kann man anerkennen, daß die beiden Berichterstatter in ihren Ausführungen in dem einen oder andern Punkte über den Rahmen der Berichterstattung hinausgegangen sind, und man kann deshalb sagen, daß die Beschwerden, die vorher vorgetragen worden sind, eine gewisse Berechtigung haben. Auf der andern Seite möchte ich sagen, daß bei früheren Beschwerden die Konsequenz der Wiederaufnahme der Verhandlung nicht gezogen worden ist. Zweitens möchte ich den Herren zu bedenken geben, was die Geschäftslage des Hauses erfordert, und drittens: so weit es sich um spezielle Schulfragen handelt, sind die Herren Berichterstatter im Rahmen der Berichterstattung geblieben, was aber die allgemeinen politischen Fragen anbelangt, möchte ich den angegriffenen Parteien das Recht der Erwiderung nicht nehmen. Sie haben aber in dieser Beziehung in der nächsten Woche noch zweimal Gelegenheit, zum Wort zu kommen, nämlich beim Kultusetat und beim Finanzgesetz, wobei ich unterstelle, daß der Herr Präsident nach Möglichkeit Gelegenheit zur Erwiderung gibt. Wenn wir jetzt wieder die Diskussion eröffnen würden, so würde der günstige Eindruck verwischt werden, den der vorher einstimmig angenommene Antrag auf Schluß der Debatte gehabt hat.

Abg. Fröhlich: Ich muß erklären, daß ich dem Schlüsselwort nicht zugestimmt hätte, wenn nicht beabsichtigt gewesen wäre, jede persönliche Polemik aus den späteren

Reden wegzulassen. Uns trifft die Schuld an der Geschäftslage nicht. Wer hat den Landtag so spät einberufen, wer bringt die Gesetzentwürfe erst in den letzten Tagen ein, wer erfüllt keinen einzigen Wunsch des Hauses, wer zwingt uns, immer die gleichen Forderungen vorzubringen? Dafür ist verantwortlich die Regierung, die nicht nachgibt und nicht nachgeben will. Sind vielleicht die Japaner Schuld, daß sie Port Arthur nicht auf den ersten Anlauf nehmen können? Wir sind ebenfalls in der Lage, wegen der Lehrerbesserung die Regierung zu belagern, bis sie sich ergibt. Daß man uns die größere Schuld zumißt, muß ich entschieden zurückweisen. Was meine gestrige Rede anbelangt, so habe ich meine Worte so gefaßt, daß ich alle jetzt eingetretenen Eventualitäten bereits gedeckt habe, und ich treue mich, erklären zu können, daß ich auch nicht ein einziges Wort daran zurücknehme.

Abg. Dr. Binz: Es wäre mißig zu untersuchen, wer an der jetzigen Geschäftslage die Schuld trägt, jedenfalls haben wir mit dieser Tatsache zu rechnen. Die Frage, in welchem Rahmen der Berichterstatter seine Berichte zu erstatten habe, war schon öfters in diesem Hause Gegenstand der Erörterung. Ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich annehme, daß dem Berichterstatter nach der Uebung des Hauses nicht zu verwehren ist, zu den in der Debatte hervorgetretenen Anschauungen auch seine persönliche Ansicht zu äußern. Was die beiden Berichterstatter in dieser Beziehung ausgeführt haben, knüpfte an den Inhalt der vorausgegangenen Debatte an. Ich glaube nicht, daß irgend einem Mitglied des Hauses zu nahe getreten wird, wenn wir den Debatteeschluß aufrecht erhalten. Ich bin auch der Meinung des Abg. Fehrenbach, daß sich für alle Fälle bei späteren Debatten die Möglichkeit bietet, auf das eine und andere in den Ausführungen der Herren Berichterstatter zurückzukommen.

Abg. Obkircher: Es ist von mir auch nicht ein einziger Gegenstand besprochen worden, der nicht schon im Verlauf dieser viertägigen Sitzung zur Sprache gekommen wäre. Daß ich dabei in den Ausführungen, die ich daran angeknüpft habe, nicht nur das wiederholt habe, was auch andere gesagt haben, werden Sie mir nicht übel nehmen. Wenn ich das Schlüsselwort ausgeführt hätte, wie einige Herren es wollen, dann würde es gelaute haben: Es ist kein Punkt beanstandet worden, ich bitte, die Propositionen anzunehmen. Das wäre das Schlüsselwort, wie es in andern Parlamenten und auch im Reichstag ausgeübt wird; im badischen Landtag aber war es zu allen Zeiten üblich, daß der Berichterstatter sich auf Gegenstände äußert hat, die im Laufe der Debatte zur Sprache kamen. Daß gerade mir immer der Vorwurf entgegengehalten wird, beruht auf einer zufälligen Tatsache. Wir haben vor wenigen Tagen einen Bericht des Abg. Armbruster gehört. Er hat in seinem Bericht recht viel Dinge erwähnt, die nicht in der Kommission zur Sprache gekommen waren. (Abg. Fröhlich: Im Schlüsselwort!) Wir haben auch über andere Themata Schlüsselworte gehört, die über das Maß hinausgingen, was im Reichstag üblich ist. Das liegt nicht an meiner Person, das liegt im Gegenstand, den ich behandle. Es ist mir eben zu Teil geworden, Bericht zu erstatten in Materien, die die Gemüter ganz besonders erregen. Ich habe nichts dagegen, wenn die Debatte wieder aufgenommen wird, aber ich fürchte, daß dann die Debatte ins Uferlose weiter geht. So lange die Gewohnheit feststeht, daß der Berichterstatter sich über alle in der Debatte zur Sprache gekommenen Dinge äußern kann, werden Sie mir nicht übel nehmen, wenn ich dieser Gewohnheit folge. Wenn es dem Hause nicht beliebt, so ändern Sie die Geschäftsordnung. Ich habe in meiner

ersten Rede in objektiver Weise den Bericht erstattet. Ich habe mich, um auch meine persönlichen Anschauungen über die zur Sache gehörigen Fragen vorzutragen, in der Debatte zum Wort gemeldet. Bei den Besprechungen über den Schlusstrag hat es dann geheißen, ich käme ja als Berichterstatter noch zum Schlußwort. Ich habe mich darnach eingerichtet, und nun ist es auch so nicht recht. Insolange die Geschäftsordnung bleibt wie bisher, werde ich mir nicht nehmen lassen, meine Berichterstatteraufgabe so zu erfüllen, wie es bisher üblich war.

Abg. Eichhorn: Die Geschäftsordnung zu ändern, auf welche Obkircher glaubt hinweisen zu müssen, ist nicht nötig. Die Geschäftsordnung besagt über die Amtshandlungen des Berichterstatters gar nichts. Aber es ist selbstverständlich, daß der Berichterstatter nur die Kommissionsbeschlüsse zu vertreten hat. Will er eine abweichende Meinung vertreten oder gegen andere Parteien polemisieren, so muß er sich eben besonders zum Wort melden. Dazu braucht aber die Geschäftsordnung nicht geändert zu werden. Die kleinen Parteien können sich das jetzt beliebte Verfahren um so weniger gefallen lassen, als die großen Parteien die wichtigeren Berichte unter sich verteilen und uns ausschließen in der Vertretung wichtiger Materien. Sie sind es aber dann, die das Schlußwort dazu benötigen, um gegen die kleinen Parteien zu polemisieren. Obkircher war selbst, wenn man seine Auffassung gelten lassen wollte, nicht berechtigt, Willkür zu verteidigen und gegen den Landesboten und den Beobachter zu polemisieren und seinen Strauß mit Herrn Bacher auszufechten. Ich kann meinen Antrag auf Wiederaufnahme der Debatte nicht zurücknehmen.

Abg. Wittum: Die Antragsteller finden sich nicht beschwert über die Behandlung der Anträge der Kommission, sondern über einige politische Ausführungen. Unsere Volksschulen und Lehrer haben kein Interesse an der Wiederaufnahme der Debatte. Die Lehrer können jetzt sagen, der Worte sind genug gewechselt, laßt uns jetzt endlich Taten sehen. Ich bitte Sie dringend, im Interesse des Ansehens unseres Landtags die Debatte nicht wieder aufzunehmen. Es handelt sich nicht um Schulangelegenheiten, sondern lediglich um Parteigezänk.

Abg. Muser: Ich werde mich bei der Wiederaufnahme der Debatte nicht zum Wort melden, obwohl ich früher zum Wort gemeldet war und mir der Schluß der Debatte sehr unangenehm war. Da ich gerade über die Verweltlichung der Schule, über das Verhältnis des Religionsunterrichts zu dieser sprechen wollte. Ich werde übrigens bei der Kultusdebatte Gelegenheit finden, auf die Frage zurückzukommen. Wenn sich alle andern Herrn die Beschränkung, daß sie auf das Wort verzichten, auferlegen, wird die Wiederaufnahme der Debatte

lediglich den Erfolg haben, daß die sich beschwert fühlenden Herrn durch kurze Darlegungen ihren Standpunkt vertreten. Mit dieser Begründung werde ich für die Wiederaufnahme stimmen. Der Antrag auf Wiederaufnahme der Debatte wird mit allen gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Abg. Jhrig: Der Abg. Goldschmit hat eine Aeußerung von mir in einer Art behandelt, daß man nicht weiß, was man davon denken soll. Er ist leider jetzt nicht hier im Hause, ich will dem Hohen Haus die Stelle meiner Rede, auf die er sich bezogen hat, verlesen:

„Nun wird der Herr Minister freilich sagen, und er hat es vorhin schon gesagt: Woher das Geld nehmen? Wir haben ein Defizit, wie wir sehtin gehört haben, wir haben eine Verschärfung der Verhältnisse durch die Erhöhung der Matrifularbeiträge. Ich kann nur antworten: Dort, wo jene Summen hergenommen werden soll man auch das Geld hernehmen für die Aufbesserung der Lehrergehälter. Sonst werden wir nicht daran herumkommen, daß eben bei den Lehrern der Gedanke sich immer mehr und mehr festsetzt: Die Summen, die man im Chinateldzug, in Südafrika ausgiebt, wirken auf unseren badiſchen Staatsgeldbeutel, daß wir Lehrern keinen höheren Gehalt bekommen, (Sehr richtig! bei den Demokraten und Sozialdemokraten) und wenn Sie es auch in Abrede stellen, so wirkt es im Effekt doch so, und das ist bedauerlich.“

Auf diese Worte, deren Wahrheit nicht angezweifelt werden kann, sagt der Abg. Goldschmit, ich hätte im Ton eines privilegierten Hez- und Revolverpresse gesprochen. Der Herr Präsident hat diesen Ausdruck wohl überhört. Goldschmit hat meinen Patriotismus angezweifelt und hat gesagt, ich hätte nichts dagegen, wenn die Gefandten abgeschlachtet würden; mit keinem Wort habe ich davon gesprochen. Eine Anzweiflung meines Patriotismus muß ich ganz entschieden zurückweisen. Ich bedauere, daß kein parlamentarischer Ausdruck zu Gebote steht, um diese Unterstellung zu rügen. Ich will mir aber wegen des Abg. Goldschmit keinen Ordnungsruf zuziehen. Seine Ausführungen charakterisieren ihn und nicht mich. Jedem falls hat dieser Herr nicht das Recht, der badiſchen Lehrerschaft den Vorwurf zu machen, sie treibe gewissenlos Demagogie; ich weise auch das zurück.

Präsident Dr. Günner: Ich habe den Ausdruck des Abg. Goldschmit, den Ton des Abg. Jhrig im Sinn der Hez- und Revolverpresse überhört. Er hat verletzenden Charakter und ich rüge ihn deshalb nachträglich.

Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr nachmittags.